



## 07. Stadtratsprotokoll / 7<sup>ème</sup> *procès-verbal du Conseil de ville*

**Sitzung vom Donnerstag, 10. Juni 2010, 18.00 Uhr**  
***Séance du jeudi 10 juin 2010 à 18 heures***

**Ort: Aula Primarschule Neumarkt, Logengasse 2**  
***Lieu: Aula de l'école primaire du Marché-Neuf, rue de la Loge 2***

---

### **Anwesend / *Présents:***

Olivier Ammann, Marc Arnold, Dana Augsburg-Brom, Niklaus Baltzer, Muriel Beck Kadima, Paul Blösch, Andreas Bösch, Urs Brassel, Barbara Chevallier, Pablo Donzé, Samantha Dunning, René Eschmann, Monique Esseiva, Pascal Fischer, Charlotte Garbani, Pierre-Yves Grivel, Samuel Grünenwald, Christoph Grupp, Nathan Güntensperger, Roland Gurtner, Hanspeter Habegger, Werner Hadorn, Peter Isler, Hans-Ulrich Köhli, Thomas Lachat, Teres Liechti Gertsch, Fiorella Linder, Christian Löffel, Claire Magnin, Peter Mischler, Émilie Moeschler, Franziska Molina, Michèle Morier-Genoud, Peter Moser, Cédric Némitz, Alain Nicati, Pierre Ogi, Daphné Rüfenacht, Martin Rüfenacht, Martin Scherrer, Béatrice Sermet-Nicolet, Fatima Simon, Heidi Stöckli Schwarzen, Salome Strobel, Daniel Suter, Andreas Sutter, Anna Tanner, Ariane Tonon, Martin Wiederkehr, Max Wiher, Sybille Zingg, Carine Zuber

### **Entschuldigt / *Absence(s) excusée(s):***

Patrick Calegari, Markus Habegger, Rudolf Habegger, Stefan Kaufmann, Kerstin Lehniger, Maurice Paronitti, Alain Pichard, Hugo Rindlisbacher

### **Vertretung des Gemeinderates / *Représentation du Conseil municipal:***

Stadtpräsident Hans Stöckli  
Gemeinderätinnen/Gemeinderäte François Contini, Erich Fehr, Hubert Klopfenstein, Pierre-Yves Moeschler, René Schlauri, Barbara Schwickert, Silvia Steidle

### **Entschuldigt Gemeinderat / *Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:***

-

### **Vorsitz / *Présidence:***

Herr Stadtratspräsident Thomas Lachat

### **Sekretariat / *Secrétariat:***

Regula Klemmer, Ratssekretärin

| <b>Behandelte Geschäfte / <i>Affaires traitées</i></b>   | <b>Seite/Page</b> |
|--|-------------------|
| 104. Genehmigung der Traktandenliste .....   | 292               |
| 105. Mitteilungen Stadtratsbüro .....  | 292               |
| 106. 20090429 Beantwortung des überparteilichen Postulats 20090429,<br>Peter Isler, SP, Peter Moser, FDP, Urs Grob, SVP, Daphné Rüfenacht,<br>Grüne Biel "Rechtsform des ESB" / Begleitung der Vorbereitungsarbeiten<br>bezüglich einer Ausgliederung des Energie Service Biel/Bienne (ESB)<br>aus der Stadtverwaltung ..... | 293               |
| 107. 19910558 Abwassertechnische Sanierung Pasquart / Regenklärbecken<br>Gymnasium / Abrechnung.....   | 307               |
| 108. 20090061 Projektierungskredit für die Sanierung der Kindertagesstätte<br>Zukunft / Verpflichtungskredit.....  | 307               |
| 109. Begründung der Dringlichkeit Motion 20100213 GPK,<br>"Bessere Abstimmung der Schnittstellen zwischen den Abteilungen<br>Liegenschaften und Hochbau, bzw. zwischen Finanz- und<br>Verwaltungsvermögen" .....   | 318               |
| 110. Postulat 20090385, Dana Augsburg-Brom, Fraktion SP,<br>"Planung einer korrekten Entsorgung für quecksilberenthaltende<br>Stromspar-Lampen" .....  | 318               |
| 111. Motion 20090384, Pablo Donzé, Fraktion Grüne Biel,<br>"Saubere Stadt, sogar bei grossen Anlässen!" .....  | 319               |
| 112. Interpellation 20090319, Hans-Ulrich Köhli, GLP,<br>"Schwanenkolonie wie weiter?" .....   | 320               |
| 113. Postulat 20090386, Hanspeter Habegger, SVP,<br>"Schüssbrücke Bözingen / Bushaltestelle / Velo".....   | 323               |
| 114. Interpellation 20090389, Andreas Sutter, Fraktion SVP plus,<br>"Der öffentliche Raum als Baumusterzentrale?" .....  | 324               |
| 115. Dringliche Motion 20100075, Teres Liechti Gertsch, GPK,<br>"Angemessene personelle Interimslösung für die ordentlichen Geschäfte<br>der Abteilung Liegenschaften" .....   | 325               |
| 116. Dringliche Motion 20100076, Charlotte Garbani, Fraktion SP,<br>"Gefährdung Naturreservat Felseck-Pavillon?" .....   | 331               |
| 117. Interpellation 20100040, Béatrice Sermet-Nicolet, PSR,<br>"Schwerpunkte der gemeinderätlichen Politik 2009-2012<br>und Wirtschaftskrise" .....  | 332               |
| 118. Neueingänge.....  | 335               |

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Ich begrüsse den Stadtrat herzlich zu dieser Sitzung. Speziell begrüssen möchte ich das neue Stadratsmitglied, Nathan Güntensperger (*Applaus*). Ich wünsche ihm viel Freude in seinem neuen Amt.

Herrn Grobs Nachfolger ist Herr Rudolf Habegger. Er kommt erst an der Augustsitzung in den Rat. Sein Sitz wird heute also leer bleiben.

Im Weiteren kann ich Ihnen mitteilen, dass das Rednerpult so fixiert werden konnte, dass jetzt keine Unfälle mehr passieren sollten.

#### **104. Genehmigung der Traktandenliste**

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Es liegt ein Antrag von Muriel Beck-Kadima vor. Die Interpellation 20100088 "Benennung einer Örtlichkeit nach Laure Wyss" (Traktandum 11) soll verschoben und zusammen mit dem gleich lautenden Postulat voraussichtlich im August 2010 behandelt werden.

Hans-Ulrich Köhli hat einen Wunsch betreffend der Interpellation 20090319 "Schwanenkolonie wie weiter?" (Traktandum 6.1). Falls dieses Traktandum nicht vor der Pause behandelt werden kann, soll es erst nach 21.30 Uhr an die Reihe kommen, wenn Herr Köhli wieder da ist. Dies wäre dann wohl das dritte Mal, dass diese Interpellation verschoben würde.

Die Interpellation 20090388 "129 leerstehende Parkplätze trotz Parkierungsnotstand" (Traktandum 6.5) wird auf die nächste Sitzung verschoben, da der Interpellant, Hugo Rindlisbacher, heute abwesend ist.

**Die Traktandenliste wird vom Stadtrat mit diesen Änderungen stillschweigend genehmigt.**

#### **105. Mitteilungen Stadtratsbüro**

**Keine**

**106. 20090429 Beantwortung des überparteilichen Postulats 20090429, Peter Isler, SP, Peter Moser, FDP, Urs Grob, SVP, Daphné Rüfenacht, Grüne Biel "Rechtsform des ESB" / Begleitung der Vorbereitungsarbeiten bezüglich einer Ausgliederung des Energie Service Biel/Bienne (ESB) aus der Stadtverwaltung**

**Rüfenacht Martin, GPK:** Ich gliedere die Stellungnahme der GPK in zwei Teile:

1. allgemeine Beurteilung der Antwort des Gemeinderats
  2. Antrag und Begründung zur Begleitung des Geschäfts durch die GPK
- 
1. Das überparteiliche Postulat fordert den Gemeinderat auf, die Rechtsform des ESB zu überprüfen. Der Gemeinderat unterstützt die Haltung der PostulantInnen. Gemäss dem von ihm definierten Schwerpunkt 13.4 sollen die Schwerpunkte, die Unternehmens- und Eigentümerstrategie neu definiert werden. Weshalb? Der Strommarkt wird sich in den kommenden Jahren sehr stark verändern. Wie diese Veränderung genau aussehen wird, weiss niemand genau. Es ist eine Tatsache, dass bei solchen Veränderungen in der Regel die Grossen gewinnen. Es geht darum, den ESB künftig nicht mit Kartonschildern und Holzschwertern gegen die Grossen ankämpfen zu lassen. Er soll fit gemacht werden, um gegen die Grossen bestehen zu können. Im Kanton Bern gibt es 26 Gemeinden mit mehr als 6'500 Einwohnenden, welche über einen eigenen Energieservice verfügen. 23 davon verabschiedeten sich von der alten Rechtsform, welche der ESB heute noch hat. Moutier, Münsingen und Biel sind die letzten drei Gemeinden im Kanton Bern mit unselbstständigen öffentlich-rechtlichen Energieunternehmen. Die GPK unterstützt die Überprüfung der Rechtsform des ESB.
  2. Worum geht es heute Abend? Es soll entschieden werden, ob das überparteiliche Postulat erheblich erklärt oder abgeschrieben werden soll und ob eine vorberatende Kommission oder die GPK dieses Geschäft begleiten soll. Zur Begleitung des Geschäfts lautet die Frage, ob eine weitere Kommission analog PPP oder Esplanade und Struktur Biel 2013 gebildet werden soll. Sollen mehr oder weniger die gleichen Leute in verschiedenen Kommissionen tätig sein? Die GPK stellte sich diesem Thema unter der damaligen Präsidentin und führte bereits im März 2010 eine Meinungsumfrage durch. Dazumal äusserte sich die gesamte GPK vorsichtig, aber einstimmig für eine Begleitung des Geschäfts durch die GPK. Im Weiteren nahmen an der letzten GPK-Sitzung Frau Gemeinderätin Schwickert sowie Herr Sarbach vom ESB teil. Die GPK konnte sich darüber informieren, was mit diesem Geschäft auf sie zukommen könnte, sich Gedanken zum geschätzten Geschäftsumgang, zum Zeitplan und auch zur Vielschichtigkeit und Komplexität des Geschäfts machen. Es geht darum, ein Reglement zu erarbeiten, welches die Fragen in den Bereichen Finanzen, Ökologie und Personal regelt. Es geht aber auch um die Anpassung der Schwerpunkte sowie um die Unternehmens- und Eigentümerstrategie. Die GPK kam mit einer Enthaltung zum Schluss, dieses Geschäft selber begleiten zu wollen. Alle GPK-Mitglieder wollen sich 100%-ig reinknien und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um dieses Geschäft kümmern. Warum die GPK als Begleitkommission? Sicher würde eine eigens zu diesem Zweck geschaffene Kommission den Vorteil bringen, dass das Geschäft noch breiter abgestützt werden könnte und eine noch breitere Meinungsbildung erfolgte. Unter Umständen könnten Minderheiten besser berücksichtigt werden. Aber will und

verkräftet der Stadtrat noch eine zusätzliche Kommission? Diese Frage lässt die GPK im Raum stehen. Die Aufgabe hat einen klaren Beginn und einen klar definierten Abschluss. Die GPK traut sich nach langen Diskussionen, nicht nur Finanz- und Baugeschäfte, Dossiers aus der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion oder Bauabrechnungen zu (auch wenn sie 13 oder 14 Ordner umfassen). Die GPK traut es sich zu, etwas Neues und Grösseres zu wagen. Sie ist ein eingespieltes Team, welches seit einiger Zeit ESB-Geschäfte behandelt und somit mit dem Thema bereits vertraut ist. **Die GPK stellt damit den Antrag, dass der Stadtrat, gemäss Tischvorlage Punkt 2, die Geschäftsprüfungskommission beauftragt, die Arbeiten zur Prüfung der Rechtsform des Energie Service Biel/Bienne (ESB) zu begleiten.** Ich danke dem Stadtrat für die Unterstützung.

**Isler Peter, SP:** Ich vertrete die PostulantInnen, welche den Vorstoss eingereicht haben. Er ist nicht unbestritten, dies werden wir heute Abend wohl noch erleben. Deshalb erlaube ich mir, bereits vorweg einige Argumente zu klären. Wie immer halte ich mich natürlich so kurz wie möglich:

Falls jemand meint, die PostulantInnen möchten den ESB in eine Aktiengesellschaft umwandeln und dann mitsamt dem Netz verkaufen, weil wir glauben, dass Private alles besser können als der Staat, der irrt. Wenn jemand meint, die PostulantInnen möchten den ESB so belassen wie er ist und unter allen Umständen das Bestehende bewahren, der irrt ebenfalls. Nichts dergleichen! Beides sind ideologisch bedingte Aussagen, und es liegt wohl auf der Hand, dass das Postulat keinen ideologischen Hintergrund und keine versteckte Absicht hat. Die PostulantInnen wollen nur das, was in ihrem Vorstoss steht. Sehen Sie sich nur die Namen der Unterzeichnenden an und Sie werden sofort feststellen, dass die Absicht der PostulantInnen unmöglich ideologischer Natur sein kann: Daphné Rüfenacht, Peter Moser, Urs Grob und ich: wenn wir vier etwas nicht haben, dann ist es eine gemeinsame Ideologie. Aber etwas Gemeinsames haben wir doch: Es geht um eine Sachfrage, welche alle vier gleich sehen. Wir möchten dazu beitragen, dass der ESB eine Zukunft hat, dass er überlebt und seine Aufgaben weiterhin zugunsten der Stadt und deren Bevölkerung erfüllen kann, genauso wie es im Postulat steht. Weil sich das Umfeld entscheidend verändert hat, glauben wir, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn auch die Strategie der Firma angepasst wird. Dazu gehört halt, so leid es mir für die IdeologInnen unter uns tut, die Überprüfung der Rechtsform. Die PostulantInnen möchten, dass der ESB im Eigentum der Stadt bleibt. Sie kennen die beste Lösung aber nicht. Sie wissen nicht, wie der ESB den neuen Anforderungen eines liberalisierten Marktes am besten gerecht wird und in welcher Form er überleben kann. Deshalb ist die Diskussion nötig. Zusammen mit dem Gemeinderat soll darüber nachgedacht und gemeinsam mit Fachleuten die beste Lösung gefunden werden. Gemeinsam heisst, und nur darüber muss heute entschieden werden, dass der Stadtrat das Geschäft begleitet und dass er mitreden kann. Irgendwann liegt dann ein Bericht vor, ein erster vielleicht im Herbst, mit Vergleichen und Vorschlägen an welchen der Stadtrat mitgearbeitet hat. Dies ist die beste Voraussetzung für eine rasche Umsetzung. Ich wiederhole mich: es geht nicht hauptsächlich um die Rechtsform. Die Rechtsform ist ein Nebenschauplatz. Wenn ich eine Klammer anfügen darf: schon wieder eine. Der Stadtrat sollte sich zwischendurch auch um seinen guten Ruf und um seine Glaubwürdigkeit als politische Behörde kümmern. Er ist unglaubwürdig, wenn er sich dauernd auf Nebenschauplätzen prügelt und das Wesentliche vernachlässigt. Aber

damit ist der Stadtrat ja nicht allein, wenn man die Diskussionen im National- und Ständerat mitverfolgt. Es geht also nicht hauptsächlich um die Rechtsform, sondern um die Strategie. Vielleicht kann diese nur umgesetzt werden, wenn die Rechtsform geändert wird. Nur der Stadtrat und das Volk können dies beschliessen, niemand sonst. Wir PostulantInnen bedanken uns für die ausführliche und klare Beantwortung unseres Vorstosses. Der Bericht ist ja auch eine erste Analyse und eine Absichtserklärung, welche heute nicht weiter kommentiert wird aber im positiven Sinne zur Kenntnis genommen wird. Die PostulantInnen empfehlen, den Bericht des Gemeinderats zu genehmigen.

**Moser Peter, Fraktion Forum:** Ich äussere mich doppelt: Einerseits bin ich Mitunterzeichner des Postulats und andererseits Fraktionssprecher. Als Mitunterzeichner bleibt mir nichts mehr zu sagen. Wer könnte es besser sagen als Herr Isler? Wenn er seine Texte abliest, ist er für mich nicht mehr Chemiker, sondern schon fast Philosoph. Ich finde das super. Wenn ich ein zweites Votum hätte machen müssen, hätte ich es wohl mit Willi Ritschard gehalten, der einmal sagte: *"Manchmal muss man stumm bleiben, um gehört zu werden."* Deshalb schweige ich nun als Mitunterzeichner. Als Fraktionssprecher möchte ich aber trotzdem noch etwas anfügen: Der Stadtrat hat gelesen, worum es geht und dies wurde auch vom GPK-Sprecher und von Herrn Isler ausgeführt. Die Gründe für eine Überprüfung der Rechtsform des ESB hat der Gemeinderat in seinem Bericht sehr ausführlich beschrieben und die angeführten Argumente überzeugten die Fraktion Forum. In diesem Sinn wird sie dem Bericht zustimmen. Dass die GPK die Überprüfung der Rechtsform begleiten soll, wird von einer grossen Mehrheit der Fraktion Forum unterstützt, eine Minderheit möchte lieber eine Spezialkommission. Diese hätte die Möglichkeit geboten, die Arbeit politisch etwas breiter abzustützen, da eine höhere Mitgliederzahl als in der GPK möglich wäre. Wie bereits der GPK-Sprecher erwähnte, gehören aber schlussendlich den Kommissionen immer die gleichen Leute an. Dann belassen wir das Geschäft lieber bei der GPK. Dass die Erde rund ist und sich dreht, haben mittlerweile alle von rechts bis links begriffen. Einige haben aber immer noch das Gefühl, wenn alles abgeblockt und verhindert wird, drehe sich die Welt nicht weiter. Dabei ist es umgekehrt: wer etwas bewegen will, muss schneller sein als die anderen. Das ist so in der Marktwirtschaft, man muss schneller sein als die Konkurrenz. Dies gilt auch für die Unternehmen des Staates oder der Stadt. An und für sich hat der Gemeinderat dies einmal mehr erkannt und will die richtigen Massnahmen treffen. Die Rahmenbedingungen gibt der Bund vor. Auch die Initiative zur Bewahrung der Volksrechte kann an dieser Tatsache nichts ändern. Sie käme ja höchstens auf Bieler Ebene zum Zug. Das Leitungsnetz muss nicht geschützt werden, sondern überprüft und der Nachfrage entsprechend angepasst werden. Da kommt zum Glück kein Heimatschutz ins Spiel. Sonst wären überall noch alte Rohre im Boden. Stillstand heisst bekanntlich Rückschritt, dies ist ein altes Sprichwort. Die Welt verändert sich, ob wir das wollen oder nicht. Wer dagegen ist, dass die Rechtsform des ESB überprüft werden soll, gefährdet aus Sicht der Fraktion Forum die Zukunft des ESB. Ist die Zukunft des ESB gefährdet, sind auch die Arbeitsplätze gefährdet. Genau das wollen ja auch die Gegner nicht, welche das Leitungsnetz bewahren wollen. Dass Leute Angst vor dem Tempo haben, in welchem sich die Welt dreht und in welchem sich die Wirtschaft verändert, kann ich nachvollziehen. Deshalb ist die Fraktion Forum der Meinung, dass es gut ist, wenn die GPK dieses Geschäft sehr eng begleitet. Sie empfiehlt aber dem Gemeinderat, den Stadtrat wie auch das Personal zu gegebener Zeit über den Fortgang dieser Untersuchungen zu

informieren. Am Schluss entscheiden die BürgerInnen primär mit emotionalen Argumenten. Abstimmungen erfolgen halt grossenteils aus dem Bauch heraus und nicht über den Kopf. Sonst wären wohl in der Vergangenheit einige Abstimmungsergebnisse anders herausgekommen. Also, liebe Gegner, und da muss ich wohl mehr auf die halblinke und linke Seite schauen, springen Sie über Ihren Schatten und pflichten Sie diesem Postulat bei. Wie gesagt, es geht vorerst nur um eine Überprüfung der Rechtsform. Stimmen Sie aber auch dem Bericht des Gemeinderats zu, es ist zum Wohl des ESB und der Arbeitsplätze. Es liegt ein Antrag der Fraktion Grüne auf dem Tisch. Diesen konnte die Fraktion Forum nicht besprechen. Eine erste Beurteilung heute ergab, dass es sich bei diesen Auflagen eigentlich um Selbstverständlichkeiten handelt und die Überweisung des Vorstosses nicht daran scheitern sollte. Die Fraktion Forum wartet nun die Beantwortung durch die Gemeinderätin ab. Erst danach wird die Fraktion Forum dazu Stellung nehmen.

**Rüfenacht Daphné, Fraktion Grüne Biel:** Auf allen politischen Ebenen machen sich die Grünen stark für einen Service public von hoher Qualität. Die breite Partizipation ist ein Kernanliegen der Grünen. Weiter liegt uns bekanntlicherweise die Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz am Herzen. Dazu reichen wir heute übrigens ein überparteiliches Postulat ein. Sie sehen, das vorliegende Geschäft steht weit oben auf der politischen Traktandenliste der Grünen.

Herr Isler hat es bereits erwähnt: Im vorliegenden Geschäft geht es darum, zu evaluieren, welche Rechtsform für die Umsetzung der Strategie des ESB am Besten geeignet ist. Um einen solch wichtigen Entscheid zu treffen, braucht es mehr Informationen. Und der Stadtrat will mitreden und mitgestalten. Darum will die Fraktion Grüne, dass eine Kommission das Geschäft begleitet. Sie ist der Meinung, dass die GPK diese Aufgabe bestens erfüllen kann, umso mehr, da sie Interesse daran gezeigt hat. Darum werden wir dem Antrag der GPK folgen. In seiner Antwort schreibt der Gemeinderat: *"Anlässlich der erwähnten Arbeiten sollen insbesondere Themen wie die folgenden einer vertieften Prüfung unterzogen werden:*

- *Eigentümerstrategie mit Leistungsauftrag, finanzielle Ziele, Ökologie, Tarife, neue Geschäftsfelder*
- *Regelung der Personalfragen unter frühzeitigem Einbezug der Sozialpartner*
- *Regelung bezüglich der städtischen Pensionskasse*
- *Grundsätze zur Vermögensausscheidung und Festsetzung des Dotationskapitals*
- *Sachversicherungsfragen."*

Weiter schreibt der Gemeinderat, er wolle unter diesen Gesichtspunkten die verschiedenen Rechtsformen miteinander vergleichen. Er erwähnt dabei in Klammer folgende Formen: unselbstständig öffentlich-rechtlich, selbstständig öffentlich-rechtlich und privatrechtlich. Diese Klammer ist unserer Ansicht nach sehr wichtig. Darum frage ich beim Gemeinderat nach: Die Fraktion Grüne will, dass die aktuelle Rechtsform - also die unselbstständig öffentlich-rechtliche - bei der Überprüfung mitberücksichtigt wird. Ist diese Klammerbemerkung so zu verstehen? Kann uns der Gemeinderat dies zuhanden des Protokolls bestätigen?

Zu den Themen, die vertieft geprüft werden sollen: Damit wir uns eine Meinung darüber machen können, welche Rechtsform für die Zukunft des ESB am besten geeignet ist, müssen (und nicht nur sollen) diese Themen vertieft werden. Ein Entscheid kann nur in Kenntnis der Vor- resp. Nachteile der verschiedenen Rechtsformen in Bezug auf folgende strategische Punkte getroffen werden:

- Aufrechterhaltung eines qualitativ hochstehenden Service public
- Demokratische Kontrollmechanismen bezüglich der strategischen Ausrichtung
- Förderung erneuerbarer Energieformen, der Energieeffizienz sowie Absicherung der Versorgung
- Vorteilhafte Arbeitsbedingungen für das Personal
- Entwicklung der Abgaben an das Gemeinwesen

Darum hat die Fraktion Grüne den vorliegenden Antrag formuliert und eingereicht. Zudem: wenn das Postulat heute als erfüllt abgeschrieben wird, hat der Gemeinderat vom Stadtrat keinen Auftrag mehr. Aus diesen Gründen bitte ich den Stadtrat, den **Antrag** der Fraktion Grüne, eine neue Ziffer 3 des Beschlussesentwurfes einzufügen, anzunehmen: **"Die Prüfung der möglichen Rechtsformen des ESB beinhaltet insbesondere eine Berichterstattung zu den Vor- und Nachteilen in Bezug auf folgende strategische Ziele**

- **Aufrechterhaltung eines qualitativ hochstehenden Service public**
- **Demokratische Kontrollmechanismen bezüglich der strategischen Ausrichtung**
- **Förderung erneuerbarer Energieformen, der Energieeffizienz sowie Absicherung der Versorgung**
- **Vorteilhafte Arbeitsbedingungen für das Personal**
- **Entwicklung der Abgaben an das Gemeinwesen."**

Nur damit kann er sicher sein, dass die nötigen Informationen für die Meinungsbildung gegeben werden.

**Morier-Genoud Michèle, au nom du Groupe socialiste:** Le Groupe socialiste remercie le Conseil municipal pour son rapport en réponse au postulat 20090429 "Forme juridique d'ESB". Comme vous pouvez l'imaginer, il a donné lieu à une longue discussion au sein de notre groupe. La question de l'avenir d'ESB constitue un enjeu central, en matière de politique énergétique de la Ville. C'est également un enjeu non négligeable, du point de vue économique. Le Groupe socialiste est unanime pour reconnaître son attachement à cette entreprise, qui dispense des biens et des services de base (eau, électricité, gaz) à toute la population biennoise, ceci à un prix accessible et raisonnable du point de vue écologique. Il est vrai, que seule trois communes bernoises, Moutier, Münsingen et Bienne, possèdent encore des services sous forme de départements intégrés à l'administration. Le temps est venu de réfléchir à la forme, que doit prendre l'entreprise. Le Groupe socialiste aimerait garder l'entreprise ESB, afin qu'elle remplisse sa mission, pour le bien de l'ensemble de la population biennoise. Nous en sommes à l'étude et pas encore aux questions d'options à prendre. Le Groupe socialiste se positionne de la manière suivante:

- Il prend acte de la volonté annoncée par le Conseil municipal, en page 2 du rapport, de ne pas vouloir prendre en considération la vente totale ou partielle d'ESB à des privés.
- Le Groupe socialiste apprécie positivement, que le Conseil municipal se donne les moyens d'établir une politique énergétique, sous forme de règlement, qui sera soumis au Conseil de ville ainsi que celle de la stratégie de propriétaire.
- Concernant l'étude et le processus, qui doivent aboutir à une décision sur la forme juridique d'ESB, le Groupe socialiste souhaite, que les variantes mentionnées dans le dossier soient étudiées, en parallèle avec la variante statu quo améliorée, c'est-à-dire, la situation actuelle avec les adaptations possibles souhaitées et



nécessaires à ce modèle, pour répondre aux nouvelles conditions du marché et exigences de la loi.

- Au sujet de l'accompagnement de ce processus, nous estimons, que la proposition de la Commission de gestion est la meilleure. La Commission de gestion suit, année après année, l'évolution d'ESB, que ce soit à l'occasion des comptes et des budgets, mais également en ce qui concerne différents dossiers. Ces derniers mois, nous avons constaté un climat de dialogue constructif avec les responsables d'ESB et la Direction de la sécurité. Le Groupe socialiste souhaite, que la Commission de gestion assure le suivi du processus, qui nous l'espérons, comportera également des négociations avec le comité d'initiative.
- Finalement, concernant la proposition d'amendement du Groupe des Verts, les critères mentionnés sont centraux et il sera du devoir de la Commission de gestion de s'assurer, que le Conseil municipal y réponde. Nous sommes d'accord avec le nouveau point 3, proposé par le Groupe des Verts.

Toutefois, **le Groupe socialiste aimerait introduire un ajout à la proposition d'amendement du Groupe des Verts, en début du paragraphe**, qui consiste en une petite phrase: "**En plus des aspects économiques**, l'étude des formes juridiques.....".

En résumé, le Groupe socialiste est d'accord à ce que le postulat soit adopté et radié du rôle et pour le point 2, il soutient la proposition d'amendement de la Commission de gestion. Nous soutiendrons également le nouveau point 3 proposé par le Groupe des Verts, avec l'ajout proposé par le Groupe socialiste. Merci de votre attention.

**Sutter Andreas, Fraktion SVP plus:** Die Fraktion SVP plus unterstützt das Meiste, was heute gesagt wurde. Ich will nicht alles wiederholen. Der Antrag der Grünen ist auch ihr neu, enthält jedoch auch aus ihrer Sicht Selbstverständlichkeiten. Wenn der Auftrag, den der Gemeinderat skizziert, seriös angeschaut wird, sind die von der Fraktion Grüne aufgelisteten Punkte behandelt. Deshalb wird die Fraktion SVP plus gegen Ziffer 3 nicht opponieren. Die Fraktion SVP plus ist erfreut, dass nun auch von grüner Seite her Zustimmung zu diesem Geschäft signalisiert wird. Es ist noch nicht lange her und ich nehme an, dass Herr Isler auf diese Situation anspielte, dass eine Liberalisierung scheiterte, weil als einzig mögliche Rechtsform die AG vorgeschlagen wurde. Konservative StadträtInnen wollten alles beim Alten lassen. Herr Moser sagte es, die Welt verändert sich und in diesem Dossier ist noch lange nicht alles geschrieben. Der ESB ist nicht mehr das, was er vor 30 Jahren war. Er ist aber auch nicht mehr das, was er vor 15 oder zehn Jahren war. Damals gab es vor allem Unsicherheiten im Bereich Strommarktliberalisierung. Die Zeit war aber noch nicht reif, um bereits eine neue Rechtsform abzuleiten. Seinerzeit stellten sich andere Probleme. So wurde zum Beispiel bemängelt, dass der ESB in privaten Haushalten auch Waschmaschinen installierte. Heute gibt es aus meiner Sicht andere Probleme, beispielsweise den Bereich Gas-Mitteldruckleitungen, für welche der ESB eine Spezialequipe hat. Sie ist die einzige, die solche Leitungen verlegen kann. Das Gas wird aber auch vom ESB geliefert und in Rechnung gestellt. Schlussendlich ist auch noch die Kontrollaufgabe beim ESB. Dies scheint mir so nicht ganz richtig. Diese drei Hüte gehören meiner Meinung nach nicht in die gleiche Unternehmung. Ich habe jedoch das Glück, der GPK anzugehören und ich werde diese Thematik in die Detaildiskussion einbringen, auch wenn sie im Bericht noch nicht aufgeführt wurde. Eine ähnliche Problematik stellt sich auch bei der Kontrolle der Stromleitungen. Ich

verstehe nicht ganz, wie der ESB die hoheitliche Aufgabe der Qualitätssicherung dieses Leitungsnetzes übernehmen kann und dieses gleichzeitig betreibt. Aber auch dies kann ich in die Detaildiskussion einbringen. Jedenfalls empfiehlt auch die Fraktion SVP plus die Annahme dieses Vorschlags. Insbesondere ist auch sie bereit, den Antrag der Fraktion Grüne zu Ziffer 3 anzunehmen und Ziffer 2 so zu verabschieden, wie ihn die GPK vorschlägt. Vom Gemeinderat wurde ja offen gelassen, wer die Vorarbeiten begleiten soll.

**Wiher Max, Fraktion GLP:** Auch die Fraktion Grünliberale dankt dem Gemeinderat für den Bericht und die Beantwortung des Postulats. Auch sie ist zukunftsgerichtet und begrüsst die Überprüfung der Rechtsform des ESB. Die Fraktion GLP verschliesst sich den neuesten Entwicklungen nicht, im Gegenteil. Ein gut funktionierender Service public ist der Fraktion Grünliberale auch in Zukunft wichtig. Selbstverständlich ist dazu ist hin und wieder eine Anpassung an das Umfeld notwendig. Die Förderung der erneuerbaren Energie ist auch für die Fraktion Grünliberale zentral und sie stimmt dem Antrag der Fraktion Grüne zu Ziffer 3 zu. Inhaltlich ist die Fraktion Grünliberale mit ihren VorrednerInnen einig. Die Grünliberalen sind jedoch in der GPK nicht vertreten. Für die Begleitung des Geschäfts befürworten sie deshalb die Bildung einer Spezialkommission. Minderheiten können besser eingebunden und das Geschäft breiter abgestützt werden. Ich stellte im Vorfeld einen **Antrag** und schickte diesen an das Ratssekretariat. Leider unterlief mir dabei ein kleiner Formfehler. Ich verlangte nicht, dass der Antrag dem Stadtrat vorzulegen ist. Also trage ich ihn hier kurzfristig mündlich vor. Ziffer 2 würde somit lauten: **"Zur Begleitung der Prüfung der Rechtsform des Energieservice Biel/Bienne wird eine vorberatende Kommission ESB eingesetzt. Das Stadtratsbüro unterbreitet dem Stadtrat einen Bericht bezüglich der zu wählenden Mitglieder sowie der Details dieser Zusammenarbeit"**.

**Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne:** Monsieur Isler l'a dit, la forme juridique d'ESB n'est pas le problème principal. La question, aujourd'hui, est de savoir quelle orientation nous donnerons à ESB, face à la situation nouvelle. Le destin d'ESB a une place particulière dans le cœur du Groupe des Verts, non seulement car il est important et vital de pouvoir disposer de ses services pour la population, mais aussi parce que toute l'infrastructure a été financée par nos concitoyens. L'entreprise ESB est un bien commun. Une modification de la forme juridique ou un maintien d'ESB comme entreprise non autonome doit se faire avec un projet stratégique, une orientation politique et cela ne peut pas seulement être discuté au niveau juridique. Aujourd'hui, le débat doit aller plus loin. Nous devons nous poser les questions suivantes:

- Comment maintenir un service public performant?
- Quelle politique énergétique voulons-nous?
- Quel développement d'ESB et dans quelle direction doit-il aller?
- Comment contrôler ce développement?

Le Groupe des Verts veut un service public fort et de qualité. Qu'entendons-nous par service public fort et de qualité? Il ne s'agit pas seulement d'offrir des prestations, mais il faut aussi des tarifs abordables, le maintien d'infrastructures sûres, bien entretenues et la capacité d'offrir des prestations à toutes les personnes qui en ont besoin. C'est une entreprise qui veille à développer des énergies durables et protège

l'environnement. Pour nous, ESB ne doit pas seulement vendre et transporter de l'énergie, mais veiller à ce que la production ne mette pas en péril l'environnement et la population. Un service public voit plus loin que son intérêt immédiat et se responsabilise pour l'avenir. Enfin, un service public n'essaie pas de rentabiliser au maximum pour faire des profits, mais offre à son personnel des conditions de travail dignes et des tarifs supportables pour les habitants. Je vous demande de soutenir la proposition d'amendement du Groupe des Verts. Merci.

**Ogi Pierre, PSR:** Le Conseil municipal veut privatiser ESB. Le postulat a été déposé à la demande du Conseil municipal. Le Conseil municipal aurait aussi pu présenter un projet, sans demander de faire un postulat. Faut-il être en faveur de ce postulat? Lorsque je lis les noms des auteurs du postulat (Messieurs Isler, Grob, Moser et Madame Rüfenacht), je vous demande de chercher l'erreur! Si vous n'en voyez pas, il y a des questions à se poser au sein du Parti socialiste.

Je n'arrive pas à comprendre pourquoi le Conseil municipal veut, à tout prix, privatiser ESB. Le Directeur d'ESB veut être autonome. Il se gêne d'être employé par la Ville de Bienne au lieu d'être un actionnaire, comme ses collègues des autres villes. La privatisation est à la mode. Je connais un directeur de l'UBS qui n'a pas eu peur d'aller de l'avant et on voit ce que cela a donné aujourd'hui encore! Le Directeur de Lehman Brothers est dans le même cas. Ce sont des personnes qui anticipent, vite, extrêmement vite et n'ont pas peur de l'avenir. C'est ce que l'on veut pour la Ville de Bienne! Le Conseil municipal actuel prétend qu'il n'est pas capable de faire une stratégie convenable. Lorsque ESB aura un Conseil d'administration, on demandera à Mesdames les Conseillères et Messieurs les Conseillers municipaux d'entrer dans le Conseil d'administration. Je n'arrive pas à comprendre. Les jeux sont faits car tout le monde souhaite cette privatisation.

Les arguments de la Commission de gestion sont très intéressants: les autres communes ont privatisé ce service, pourquoi pas nous? Nous allons détruire ce service. Nous avons vu avec la CTS: lorsque quelqu'un veut organiser une fête à la Plage, le public est renvoyé de la plage, on donne une glace aux enfants et on leur demande de s'en aller! C'est comme cela que ça se passe. Que va-t-il se passer chez ESB? L'électricité sera-t-elle privatisée? Qui décidera des tarifs de l'eau? Qui nous donnera de l'eau? Je ne comprends pas, le Conseil municipal aurait pu ordonner à la Direction d'ESB, de présenter des propositions au Conseil de Ville afin de ne pas privatiser l'entreprise. Je suis persuadé, que si l'entreprise ESB n'est pas privatisée, des meilleures solutions pourraient être trouvées, pour en faire un service efficace comme il doit l'être. Encore une fois, les jeux sont faits, mais je n'arrive pas à comprendre ces jeux!

**Arnold Marc, SP:** Ich lehne das vom Gemeinderat initiierte Postulat ab, denn es ist unnütz und überflüssig. Vor Jahren erhielt der Stadtrat diverse Gemeinderats- und Beraterberichte zum Thema ESB-Rechtsform. Die selbstständige Anstalt, die AG, ja sogar die Holding-Variante, also das ganze Repertoire wurden damals geprüft. Die ganze Übung kostete über CHF 3 Mio. Eine erneute Überprüfung ist sinnlos und eine reine Geldverschwendung. Der ESB hat heute dieselbe Rechtsform wie das EW Zürich. Das EW Zürich hat über 900 Mitarbeitende, davon 100 im Kanton Graubünden. Es zählt mit seinen über 220'000 zufriedenen Kunden zu den zehn grössten Energiedienstleistungsunternehmen der Schweiz. Seine Geschäftsfelder

liegen vorwiegend im Energiebereich, in der Telecom und Netzdienstleistung. Die finanzielle Perle EW Zürich ist eine reine städtische Dienstabteilung der Stadt Zürich, analog dem ESB. Wenn also Zürich mit dieser Rechtsform bestens leben kann, ist es mir völlig unverständlich, weshalb Biel dies nicht kann. Kommt hinzu, dass im Ausland, zum Beispiel in Deutschland, die Kommunen, Städte usw. ihre an die privatisierten Energiewerke abgegebenen Konzessionen nicht mehr verlängern wollen. Per Gericht versuchen sie, ihre Werke wieder zurückzukaufen, respektive einzugliedern. Das war mit ein Grund, weshalb der ehemalige ESB-Direktor, Erwin Haslebacher, anlässlich einer Pressekonferenz schriftlich und mündlich erklärte: *"Der Erfolg des Unternehmens ESB hängt nicht von der Rechtsform ab."* Hier ist in Erinnerung zu rufen, dass sich das damalige Initiativkomitee mit dem Gemeinderat einigte, seine zwei Initiativen mit über 11'000 Unterschriften zurückzuziehen, wenn der Gemeinderat ein Betriebsmodell entwickelt, das den Anforderungen auch in einem völlig liberalisierten Strommarkt Rechnung trägt. Der Gemeinderat und auch der ESB erhielten mehr Kompetenzen. Das Volk stimmte der Reorganisation des ESB und der entsprechenden Änderung der Stadtordnung zu. Darauf erliess der Gemeinderat in eigener Kompetenz eine Verordnung mit der Kurzbezeichnung "Geschäftsverordnung ESB". Diese beinhaltet ein Funktionsdiagramm, welches die Tätigkeiten, Kompetenzen, Kompetenzlimiten usw. regelt. Wenn der Gemeinderat nun der Ansicht ist, dass er zu viele Kompetenzen hat, so muss er nicht die Rechtsform sondern seine Verordnung inklusive Funktionsdiagramm, sprich die Kompetenzregelung, ändern. Nicht die Rechtsform muss in Frage gestellt werden, sondern der Gemeinderat muss seine Verordnung in Frage stellen und endlich seinen Job machen, wie dies vereinbart war. Wenn er diesbezüglich Hilfe benötigt, so soll er ein Auge nach Zürich werfen. Zürich demonstriert seit Jahren erfolgreich, was zu tun ist, um in einem vollkommen liberalisierten Markt (obwohl dies in der Schweiz ja noch nicht der Fall ist und wenn man die Volksmeinung hört auch nicht sein wird) bestens bestehen zu können. Hier stellt sich auch die Frage, Herr Ogi hat das auch schon angesprochen, was Stromhandel mit Wasserversorgung usw. zu tun hat. Auch dies wollen die PostulantInnen einer Rechtsänderung unterwerfen. Wie erwähnt, ist die Abklärung der Rechtsform unnützlich und der falsche Weg. Was das Resultat einer solchen Abklärung unter der Mitwirkung des neuen ESB-Direktors, Herr Sarbach, ergeben wird, ist schon heute bekannt. Dafür ist kein neuer Bericht nötig. Herr Sarbach propagierte als Mitarbeiter bei Ernst & Young AG die Ausgliederung und Umstrukturierung von kommunalen Elektrizitätswerken in Aktiengesellschaften und stellte seinerzeit seine Präferenz in kunstgeschichtlicher Art und Weise selbst dar. Es ist klar, was somit bei einer Abklärung der Rechtsform herauskommt. Die Brille von Herrn Sarbach hat sich zwar verändert, aber nicht die Optik. Nicht die Rechtsform muss untersucht werden, sondern der Gemeinderat muss seine ESB-Verordnung hinterfragen und eventuell dem zürcherischen Modell anpassen.

**Sutter Andreas, SVP:** Zufällig habe ich noch eine Antwort an Herrn Arnold, der das Zürcher Modell preist. Gerade heute habe ich erfahren, dass die Zürcher nicht nur glücklich sind über ihre Rechtsform. Unter anderem soll das Glasfasernetz, welches das Volk beschlossen hat, nun etwas anders gebaut werden als in der Vorlage für die Volksabstimmung beschrieben. Deshalb braucht es nun eine zweite Volksabstimmung. Das wäre nicht nötig, wenn das EWZ eine andere Rechtsform hätte...

**Schwicker Barbara, Sicherheitsdirektorin:** Ich danke dem Stadtrat für die grundsätzlich positive Aufnahme, aber auch für die geführte erste Diskussion. Es ist wichtig, dass über dieses Thema früh diskutiert wird und die verschiedenen Argumente, die jetzt vorgebracht wurden, bereits relativ früh angesprochen werden. Sie helfen dem Gemeinderat, die verschiedenen Aspekte und Befürchtungen in seine weitere Prüfungsarbeit miteinzubeziehen. Es gibt tollere Geschäfte als dieses. Auf der Traktandenliste sind weitere Geschäfte erwähnt, welche den ESB betreffen: Fragen zu Geothermie, LED-Lampen, Energieeffizienz, in der nächsten Sitzung wird das Kraftwerk Hagneck traktandiert werden. Dies sind tolle Geschäfte, über welche sich wohl alle freuen. Dann gibt es eben noch die notwendigen, etwas unpopuläreren Geschäfte. Das vorliegende Geschäft gehört zu dieser Kategorie. Der Gemeinderat, aber auch das Parlament, muss für den ESB Verantwortung übernehmen, dass er bei der Stadt verbleibt. Der SP danke ich für die gute Akzeptanz des ESB, der ihr wichtig ist. Es geht um die Zukunft des ESB, sofern der Stadtrat diesem Postulat zustimmt. Es geht darum, dass der Gemeinderat beauftragt wird, die heutige Situation zu evaluieren. In welchem Umfeld steht der ESB, welchen Herausforderungen wird er sich in Zukunft stellen müssen und wie gehen der Gemeinderat und das Parlament mit diesen Herausforderungen um? Welche Strategie schwebt der Politik vor? Von dem her kann ich Sie beruhigen, Herr Ogi. Die Strategie wird keine CEO schaffen, weil jemand CEO-Ambitionen hegt und auch keinen Verwaltungsrat. Die Bestimmung der Strategie ist eine politische Aufgabe. Es wird noch enorm viele Diskussionen geben, denn diese Aufgabe ist nicht einfach, aber sicher spannend! Packen wir diese Herausforderung an! Damit kann die mittel- und langfristige Sicherung des ESB an die Hand genommen werden. Frau Magnin sagte es richtig: die Rechtsform ist nur ein Thema. Heute ist darüber zu entscheiden, ob die Rechtsform überprüft werden soll oder nicht. Dies ist aber genau ein Thema in der ganzen Diskussion rund um den ESB. Dieses darf aber nicht vernachlässigt werden, auch wenn es um ein heisses Eisen geht, muss es angepackt werden.

Der Gemeinderat spricht in seiner Antwort immer wieder von der Strommarktliberalisierung. Es ist bekannt, dass der Strommarkt schrittweise liberalisiert wird, das ist eine Tatsache. Ein Teil unserer Kundschaft kann seit Anfang 2009 wählen, von wem er oder sie seine/ihre Energie beziehen will. Dies muss nicht unbedingt der ESB sein. Es zeichnet sich jedoch ab, dass dieser Markt - zumindest in der Deutschschweiz - noch nicht wirklich spielt. In der Welschschweiz ist dies etwas anders. Beispielsweise hatte Romand Energie bereits 100 Kundenwechsel. Dies ist relativ viel. Es muss also geklärt werden, wohin der ESB steuert. Mein Problem ist, dass weder ich noch die Stadtratsmitglieder wirklich etwas merken von dieser Strommarktliberalisierung. Ich stehe hier und versuche, etwas zu erklären und abzuschätzen, wovon ich sagen muss, wenn ich das Licht anknipse, kommt immer noch Strom. Es bleibt für die Endverbrauchenden alles beim Alten, die Strommarktliberalisierung hat noch keinen Einfluss auf ihren Alltag. Es ist daher nachvollziehbar, dass die nun zu diskutierende Frage deshalb etwas abstrakt daherkommt. Es gibt aber Beispiele von anderen europäischen Ländern, in welchem diese Liberalisierung bereits vor ein paar Jahren stattgefunden hat. Von dort ist bekannt, dass die Auswirkungen für ein Gemeindeunternehmen wie dem ESB sehr schwerwiegend sein können, wobei der ESB zugegebenermassen ein kleiner Fisch in der Schweizer Energielandschaft ist. Zwar geht er als mittleres Unternehmen, hat aber eine kritische Grösse. Andere Länder, zum Beispiel Deutschland, haben mittlerweile weniger Energieversorger als die Schweiz. Dies ist ein massiver

Rückgang. Es wird gar davon ausgegangen, dass eine weitere Reduktion stattfinden wird. Wer wird überleben, wer verkaufen müssen? In Belgien mussten sehr viele belgische Energieunternehmen nach Frankreich verkauft werden. Das sind schwierige Entwicklungen und es muss vorgängig geklärt werden, wie damit umgegangen werden soll. Die Gefahr, dass zu wenig ins Netz investiert wird, besteht. In der Schweiz ist die Versorgungssicherheit garantiert, was wichtig ist. Die Preise werden weit möglichst gesenkt und dafür zu wenig investiert.

Heute war ich an einer sehr spannenden Tagung: Der schweizerische Städteverband lud die Städte ein, sich über die Strommarktliberalisierung zu informieren und darüber zu diskutieren. Dort fiel unter anderem eine spannende, aber auch bedenkliche Aussage: *"Vorlieferanten von heute werden Konkurrenten von morgen."* Ich frage mich, werden die Vorlieferanten von heute zu den Eigentümern von morgen? Das ist die grosse Frage, welche nun unterschiedlich beantwortet werden kann. Die Beantwortung kann einer defensiven oder einer Vorwärtsstrategie folgen. Der ESB könnte gestärkt werden, so dass er möglichst als stadteigener Energieservice auch noch nach Jahren zur Verfügung steht. Die Politik muss eine Strategie entwickeln, welche der ESB dann umsetzen muss. Dazu gehört nun auch die Überprüfung der Rechtsform. Das Resultat derselben ist für den Gemeinderat offen. Zwar äusserte er bereits eine gewisse Präferenz, das Resultat ist aber offen.

Es wurde heute mehrmals gesagt, dass mehr Fakten benötigt werden. Diese sind im Moment noch nicht vorhanden. Die drei verschiedenen Rechtsformen müssen einander gegenübergestellt werden, wie dies Frau Rüfenacht forderte. Der Gemeinderat will dies tun und muss es auch. Nur so kann ein fundierter Entscheid gefällt werden. Frau Morier-Genoud stellte eine Frage in eine ähnliche Richtung, nämlich ob auch der Status Quo plus geprüft wird. Würde sich die ganze Strategie nur auf eine Ausgliederung beziehen, wäre dies wohl nicht im Sinne der SP. Ich versichere dem Stadtrat aber, dass auch der Status Quo und die Verbesserung desselben geprüft werden. Das Resultat ist für den Gemeinderat offen. Gleichzeitig ist es aber auch absolut klar, dass er keinen Verkauf, keinen Teilverkauf und keine Versteigerung des Netzes will. Er will den ESB auch sonst nicht loswerden, im Gegenteil. Er möchte ihn innerhalb der Stadtverwaltung stärken. Ich kann alle beruhigen, die diesbezüglich Angst haben.

Zu den Fragen und Bemerkungen von Seiten des Stadtrates: ich beginne mit Herrn Moser, welcher feststellte, dass die Kommunikation sehr wichtig sein werde. Neben der Kommission mit der Begleitkommission sprach er auch von der Kommunikation nach innen, zu den Mitarbeitenden. Letztere ist dem Gemeinderat sehr wichtig. Herr Sarbach ist viel in seinem Unternehmen unterwegs. Auch ich selber gehe an alle Mitarbeitendenveranstaltungen und berichte regelmässig über den Stand der Arbeiten. Die Mitarbeitenden werden einbezogen, damit sie ihre Sicht und ihre Ängste einbringen können. Veränderungsprozesse lösen immer Ängste aus, das ist klar. In der Arbeitsgruppe Personal sind zwei Mitarbeitende des ESB vertreten, welche demokratisch gewählt wurden. Auch so kann die Verbindung zu den Mitarbeitenden hergestellt und ihre Interessen gewahrt werden. Die Information der Öffentlichkeit ist aber auch wichtig. Der Gemeinderat will sachlich Bericht erstatten. So kann er dem komplexen und wichtigen Geschäft am besten gerecht werden. Die Frage von Frau Rüfenacht zur aktuellen Rechtsform habe ich beantwortet, ebenfalls die Frage von Frau Morier-Genoud. Zu den Anträgen komme ich nachher. Herr Wiher könnte sich

auch eine Spezialkommission gut vorstellen. Dazu möchte ich mich nicht äussern, das muss das Parlament entscheiden. Ich kann aber anbieten, dass der Gemeinderat immer eine offene Tür hat auch für Parteien, welche in der GPK nicht vertreten sind. Es ist wichtig, dass niemand das Gefühl hat, zwischen den Maschen durchzufallen.

Zu den Anträgen: wie gesagt entscheidet der Stadtrat, wer das Geschäft begleiten soll. Der Gemeinderat äussert sich nicht dazu. Dann stehen auch noch ein Antrag der Grünen und ein Zusatzantrag der SP zur Debatte. Es wurde gefragt, was der Gemeinderat davon hält. Wie bereits in der vorgängigen Diskussion erwähnt, sind dies lauter Punkte, welche sowieso geprüft würden. Deshalb stellt sich der Gemeinderat nicht gegen die Anträge. Die Arbeit würde sowieso gemacht und wenn die Aufträge zusätzlich verankert werden, ist es auch gut. Es ist dem Stadtrat überlassen, wie er dies gewichtet. Es ist sicher wichtig, dass Gemeinderat und Stadtrat in gutem Kontakt bleiben. Es ist dem Gemeinderat wichtig, so gut wie möglich zu informieren. Ganz Vieles ist noch unsicher. Er möchte aber die Herausforderung annehmen, die Zukunft des ESB zu sichern.

**Moser Peter, Fraktion Forum:** Ich erwähnte ja schon, dass ich am Schluss nochmals sage, wie sich die Fraktion Forum gegenüber dem von der Fraktion Grüne geforderten Punkt 3 verhalten wird. Habe ich es falsch verstanden, dass von der SP noch ein Zusatz zu diesem Punkt gewünscht wurde? Vielleicht sollte dieser zuerst noch einmal auf deutsch und auf französisch vorgelesen werden. Ich habe ihn nämlich nicht ganz genau verstanden. Danach werde ich sagen, was die Fraktion Forum tut.

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Diesen Zusatz habe ich aufgeschrieben und ich lese ihn vor. Der französische Originaltext lautet: *"En plus des aspects économiques, l'étude des formes juridiques..."*. Auf Deutsch würde das etwa wie folgt übersetzt: *"Zusätzlich zu den wirtschaftlichen Aspekten werden die möglichen Rechtsformen geprüft"*.

**Moser Peter, Fraktion Forum:** Ach so, das ist ja nur Kosmetik. Zum Antrag der Grünliberalen: ich sagte bereits, dass die Fraktion Forum den Antrag der GPK unterstützt. Zum Antrag der Grünen: dieser ist in meinen Augen nicht nötig, wie dies Frau Schwickert bereits erwähnte. Ich sage nicht überflüssig, weil der Inhalt selbstverständlich ist. Wenn er aber hilft, gewisse Leute mit ins Boot zu bekommen, kann die Fraktion Forum diesem Antrag zustimmen. Die beiden Gegner einer Überprüfung der Rechtsform kommen mir vor wie Propheten: Sie wissen schon, was herauskommen wird. Im Prinzip müsse man diese Prüfung ja nicht nochmals machen. Aber ich zitiere nochmals Willi Ritschard: *"Mit Propheten unterhält man sich am besten immer erst fünf Jahre später."* Ich hoffe, die Umsetzung dieses Geschäfts dauert nicht so lang...

**Arnold Marc, SP:** Ich möchte Herrn Sutter antworten: In Zürich konnte das Volk - im Gegensatz zu Biel - wenigstens abstimmen! Als von Herrn Moser zitierter Prophet nehme ich das Resultat vorweg. Nach der Änderung der Rechtsform wird das Volk nichts mehr zu sagen haben. Dann ist so wie bei der Swisscom oder der SBB, bei welchen die Bevölkerung nur noch zur Kenntnis nehmen darf, wieviele Milliarden der Verwaltungsrat in den Sand setzte. Beim ESB werden dies natürlich nicht Milliarden

sein, aber der Verwaltungsrat wird sagen, wieviel er investieren will. Wenn die Investition misslingt, trägt das Volk die Konsequenzen. Betrachtet Herr Moser den Bericht von Ernst & Young AG und das darin enthaltene Organigramm, sieht er ja, wer dort tatkräftig mitarbeitet. Diese Person hat ihre Präferenzen ja vorgängig geäußert.

**Schwicker Barbara, Sicherheitsdirektorin:** Noch zwei Dinge: Ich kann mir kaum vorstellen, dass das Glasfasernetz in Biel gebaut würde, ohne dass sich die Bevölkerung dazu äussern kann. Mit "kaum" meine ich, dass ich es noch nicht weiss. Es wäre am Stadtrat, zu bestimmen, in wessen Finanzkompetenz dies fiele. Das ist noch völlig offen. Es ist ziemlich polemisch, ein so teures Projekt aufzubringen und bereits festzuhalten, wer in Zukunft darüber befinden soll, denn genau dies gilt es zu klären. Mit Blick nach links kann ich mir sehr gut vorstellen, dass bei so grossen Investitionen auch weiterhin die Politik etwas zu sagen haben will und das Unternehmen nicht selber wird entscheiden können. Als zweites habe ich noch gar nichts zur Organisation gesagt, ausser dass die Mitarbeitenden einbezogen werden. Es ist tatsächlich so, dass sehr viel intern gemacht wird. Es wurde ja bereits erwähnt, wieviel diese Überprüfung beim letzten Mal gekostet hat und wir wissen auch, wieviel andere dafür bezahlen. Es gibt bereits viele Grundsatzstudien zu den verschiedenen Rechtsformen. Die Stadt gibt diesmal kein Geld aus für derlei Studien. Der Kredit ist relativ bescheiden. Es werden nur noch die Informationen dazugekauft, die noch fehlen. Vieles wird intern geklärt. Ich bin froh, dass eine sehr gute Projektorganisation und -führung besteht, welche dieses Geschäft managt und zu einem guten Ende führen kann. Der Gemeinderat will keine teuren externen Firmen beauftragen. Er ist zum Beispiel im Kontakt mit vielen Unternehmen, welche ausgegliedert würden. Diese sind bereit, Biel zu beraten und ihre Regelungen offenzulegen. Diese sind sehr unterschiedlich abgefasst und ein Vergleich ist interessant. Sie geben dem Gemeinderat Anhaltspunkte, worauf er besonders zu achten hat. Die Vernetzung ist gut und Biel profitiert von den Erfahrungen anderer Werke, beispielsweise Bern oder Basel. Dort ist die Kundschaft immer noch sehr zufrieden mit den Leistungen ihres Elektrizitätswerks.

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Ich möchte über jeden Punkt einzeln abstimmen.

### **Abstimmung**

- **über Punkt 1 des Beschlussesentwurfs**

**Der Stadtrat stimmt Punkt 1 des Beschlussesentwurfs zu.**

- **über den Antrag GPK zu Punkt 2: Er beauftragt die Geschäftsprüfungskommission, die Arbeiten zur Prüfung der Rechtsform des Energie Service Biel/Bienne (ESB) zu begleiten**

**Der Antrag wird gutgeheissen.**



- **über den Antrag der Fraktion Grüne und dem Zusatz der Fraktion SP zu Punkt 3: (neu) Die Prüfung der möglichen Rechtsformen des ESB beinhaltet insbesondere eine Berichterstattung zu den Vor- und Nachteilen in Bezug auf folgende strategische Ziele:**
  - **Aufrechterhaltung eines qualitativ hochstehenden Service public**
  - **Demokratische Kontrollmechanismen bezüglich der strategischen Ausrichtung**
  - **Förderung erneuerbarer Energieformen, der Energieeffizienz sowie Absicherung der Versorgung**
  - **Vorteilhafte Arbeitsbedingungen für das Personal**
  - **Entwicklung der Abgaben an das Gemeinwesen.**

**Der Antrag wird gutgeheissen.**

### **Schlussabstimmung**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 16. April 2010 betreffend Beantwortung des überparteilichen Postulats 20090429, Peter Isler, SP, Peter Moser, FDP, Urs Grob, SVP Daphné Rüfenacht, Grüne Biel, Rechtsform des ESB und Begleitung der Vorbereitungsarbeiten bezüglich einer Ausgliederung des Energie Service Biel/Bienne (ESB) aus der Stadtverwaltung gestützt auf Art. 40 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates von Biel vom 11. Dezember 1996 (SGR 151.21) und Art. 38 Absatz 1 der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Das überparteiliche Postulat 20090429, Peter Isler, SP, Peter Moser, FDP, Urs Grob, SVP Daphné Rüfenacht, Grüne Biel, Rechtsform des ESB wird erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.
2. Er beauftragt die Geschäftsprüfungskommission, die Arbeiten zur Prüfung der Rechtsform des Energie Service Biel/Bienne (ESB) zu begleiten.
3. (neu) Zusätzlich zu den wirtschaftlichen Aspekten beinhaltet die Prüfung der möglichen Rechtsformen des ESB insbesondere eine Berichterstattung zu den Vor- und Nachteilen in Bezug auf folgende strategische Ziele:
  - Aufrechterhaltung eines qualitativ hochstehenden Service Public
  - Demokratische Kontrollmechanismen bezüglich der strategischen Ausrichtung
  - Förderung erneuerbarer Energieformen, der Energieeffizienz sowie Absicherung der Versorgung
  - Vorteilhafte Arbeitsbedingungen für das Personal
  - Entwicklung der Abgaben an das Gemeinwesen

### 107. 19910558 Abwassertechnische Sanierung Pasquart / Regenklärbecken Gymnasium / Abrechnung

**Strobel Salome, GPK:** Die GPK prüfte diese Abrechnung und beurteilt sie als korrekt und transparent. Sie hat einzig eine Frage, zu welcher ich aber später komme. Die Abrechnung weist eine Kreditunterschreitung auf, welche darauf zurückzuführen ist, dass nicht alle Arbeiten ausgeführt wurden. So wurde zum Beispiel auf die Sanierung der Aarbergstrasse verzichtet. Die GPK fragte sich, warum. Im Bericht wird erwähnt, dass später erneut ein Kredit für diese Achse beantragt werden wird. Offenbar wurde bei den Bauarbeiten klar, dass die Aarbergstrasse in einem sehr guten Zustand ist und die Arbeiten um gut 20 Jahre verschoben werden können. Nun komme ich zur Frage der GPK: Praktisch alle externen Rechnungen datieren aus den Jahren 2004 und 2005. Die letzte externe Rechnung ist aus dem Jahr 2007. Dabei handelt es sich offenbar um Nachbesserungsarbeiten (Spurrillen) im Bereich der Firma Swatch. Die GPK möchte wissen, wo der Gemeinderat die Grenze zwischen Projekt- und Nachbesserungsarbeiten zieht. Wann wird eine Nachbesserung noch dem Projektkredit und wann bereits der laufenden Rechnung belastet? Die GPK empfiehlt dem Stadtrat, diese Abrechnung zu genehmigen.

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Ich bin etwas überrascht über diese Frage, sie wurde mir vorgängig nicht mitgeteilt. Ich werde diese bilateral mit Frau Strobel besprechen, wenn dies für sie in Ordnung ist. Dennoch bitte ich den Stadtrat, dieser Abrechnung zuzustimmen.

### Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 16. April 2010 betreffend "Abrechnung Abwassertechnische Sanierung Pasquart, Regenklärbecken Gymnasium", gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 4 Bst c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

Die Abrechnung Abwassertechnische Basiserschliessung Pasquart wird genehmigt.

### 108. 20090061 Projektierungskredit für die Sanierung der Kindertagesstätte Zukunft / Verpflichtungskredit

**Stöckli Schwarzen Heidi, GPK:** Der heute Abend zu diskutierende Projektierungskredit ist das Resultat eines Auftrags des Gemeinderats an die Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion (BSKD) für ein Nutzungskonzept für die städtischen Kinderkrippen Bubenberg, Zukunft und Safnernweg aus dem Jahr 2006. Vielleicht kann sich der Stadtrat daran erinnern, dass 2006/2007 zuerst die Übernahmegespräche und dann die definitive Übernahme der privaten Kinderkrippe Bubenberg stattfanden. Die BSKD klärte die heutigen pädagogischen und betrieblichen Anforderungen an eine Krippe. Diese Abklärungen zeigten, dass ein ganz neues Raumkonzept erforderlich ist. Wenn dieses in den bestehenden Häusern angewandt werden soll, sind viele bauliche Anpassungen nötig. Auch eine Nutzung des Gebäudes von zuoberst bis zuunterst bedingt viele Arbeiten. Dies ist für alle

nachvollziehbar. Die Kinderkrippe Zukunft wurde 1953 erbaut. Sie war geplant als Kindertagesstätte, als Kindergarten und als Durchgangsstation für Kinder, die längere Zeit nicht bei ihren Eltern wohnen können. Um diese unterschiedlichen Bedürfnisse abzudecken, waren ganz viele verschiedene Räume nötig. Dies ist heute im zweiten Stock noch gut sichtbar. Ursprünglich waren dort die Personalzimmer, da zu dieser Zeit noch der Wohnzwang für das Personal galt. Da für die Umsetzung des neuen Raumkonzepts so viele Anpassungen nötig sind, zog der Gemeinderat die Konsequenz, diese Arbeiten mit einer Sanierung der Gebäude zu verbinden. Es ist klar, dass nicht beide Häuser gleichzeitig saniert werden können, denn der Betrieb der Krippen muss aufrecht erhalten werden. Die Stadt kann es sich nicht leisten, eine oder gar beide Krippen zu schliessen. Die Krippe Zukunft wurde als erste Priorität gewählt, weil dort die Sanierung sehr dringend ist. Es zieht durch die Fenster, wenn es regnet, drückt Wasser hinein, der zweite Stock ist in einem desolaten Zustand und feuerpolizeiliche Auflagen sind nicht erfüllt. Die Krippe ist von den Mitarbeitenden atmosphärisch gut gestaltet, was auf den ersten Blick über vieles hinwegtäuscht. Zudem hat die Krippe Zukunft nach der Sanierung mehr Raum zur Verfügung, um Kinder aus der Krippe Bubenberg aufzunehmen, wenn diese renoviert wird.

Nun zum Kredit: Das neue Raumkonzept lässt sich nur mit Mühe in die bestehende Gebäudestruktur einpassen. Das ist für die GPK nachvollziehbar. Es kann kaum ein Optimum herausgeholt werden. Es bringt nichts, mit dem Massstab Gruppenräume zu konzipieren, weil dies die Gebäudestruktur nicht zulässt. Es können schon Räume zusammengelegt oder verkleinert werden, wenn diese aber auf das geforderte Minimum reduziert werden, entstehen Kaninchenställe, die für die Kinder ungeeignet sind. Die Grösse würde dann nicht stimmen und Minimalanforderungen würden unterlaufen. Die Auslastung des Hauses von zuoberst bis zuunterst wird durch die projektierten Anpassungen nicht erreicht. Dies hat weniger mit der Organisation der Krippe zu tun als vielmehr mit dem Entscheid des Gemeinderats, dezentrale Krippen in den Quartieren zu führen. Für die Innenstadt ergeben sich dadurch 110 Plätze, nämlich 60 in der Krippe Zukunft und 50 in der Krippe Bubenberg. Auch hier gilt, dass die aktuellen Bedürfnisse nicht sakrosankt und in Stein gemeisselt sind. Es ist wichtig, dass die Anpassungen so geplant werden, dass die Krippen verändert werden können, wenn die Nachfrage nach Krippenplätzen steigt. Die volle Auslastung kann nur durch eine Fremdnutzung im Untergeschoss erreicht werden. Das Haus kann nicht vertikal geteilt werden, weshalb nur das Untergeschoss in Frage kommt. Es gibt nur ein Treppenhaus und die gemeinsame Nutzung desselben würde für die Krippe ein Sicherheitsproblem bedeuten. Die einzige Alternative für eine total optimierte Nutzung wäre wahrscheinlich ein Gebäudeabbruch und dessen Neuaufbau. Ein Neubau könnte genau auf die aktuellen Bedürfnisse zugeschnitten werden. Dies wäre aber sicher wesentlich teurer als die jetzt projektierte Sanierung. Wahrscheinlich wäre diese Lösung auch nicht zu rechtfertigen, denn die Bausubstanz der Krippe Zukunft ist gut. Ein Abriss nach nur 50 Jahren, also erst nach der Hälfte der voraussichtlichen Lebensdauer des Gebäudes, wäre gegenüber der Bevölkerung nicht zu verantworten. Fremdmiete ist auch kein Thema, denn eine gute Krippe braucht einen bedürfnisgerechten Innen- und Aussenraum. Diese sind nicht einfach zu bekommen und der jetzige Standort wäre dann auch noch nicht vermietet oder verkauft. Ich komme zurück auf den Projektionskredit. CHF 400'000.- scheinen der GPK den Rahmen des Üblichen nicht zu sprengen. Projektionskredite machen in der Regel 10-15% der Gesamtkosten aus. Gemäss Investitionsplanung 2010-2014 betragen die Gesamtkosten CHF 3,3 Mio., wobei das Projekt in dritter Priorität angeführt wird. Ich

kann noch drei weitere Punkte erwähnen. Sie betreffen nicht das Geld, sondern die städtischen Interessen.

In der Vorlage wird das Thema Aussenraum erwähnt. Die Krippe Zukunft musste ein Stück Grünraum abgeben und die GPK fragte sich, ob das nötig gewesen wäre. Abteilung Hochbau und BSKD sagten, sie seien seitens der Abteilung Liegenschaften vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Die Abteilung Liegenschaften wiederum kann nicht mehr nachvollziehen, wie das Geschäft abgewickelt wurde... Aufgrund der aktuellen Situation dieser Abteilung ist dies zum Teil nachvollziehbar. Es ist aber eine Tatsache, dass dieses Stück Land seitens der Stadt relativ früh im (unselbstständigen) Baurecht abgegeben wurde. Für die GPK ist eine Kompensation dieses Grünraums selbstverständlich. Wie im Bericht erwähnt, könnte die benachbarte Kindergartenparzelle als Kompensation herangezogen werden. Die GPK findet diesen Vorschlag unterstützenswürdig. Wenn sich Biel als attraktiver Familienstandort profilieren will, müssen die Kinderkrippen sowohl innen als auch aussen attraktiv gestaltet und ausreichend Platz für 60 Kinder vorhanden sein.

Ein zweiter Punkt ist die Aufrechterhaltung des Betriebs: Es ist für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung, diese Krippe während den Bauarbeiten weiterzuführen, wobei nur zwei Wochen Ferien in diese fallen. Die GPK hat Vertrauen in die Beteiligten, dass sie gute Lösungen finden werden und legen ihnen ans Herz, gute provisorische Lösungen zu finden und gegebenenfalls vielleicht noch etwas mehr Geld dafür zu verwenden. Die Eltern müssen hinter dieser provisorischen Lösung stehen und ihre Kinder beruhigt abgeben können.

Der letzte Punkt betrifft das Subventionsgesuch für den Minergie-Standard: Die GPK legt den Verantwortlichen ans Herz, dieses Gesuch diesmal rechtzeitig einzureichen...

Zusammenfassend ist die GPK der Meinung, dass die Sanierung überfällig ist. Das vorgeschlagene Nutzungskonzept und der Kredit sind in Ordnung. Es gilt noch, die Fragen im Zusammenhang mit dem Aussenraum zu regeln und das Subventionsgesuch einzureichen. Mit diesen Anmerkungen empfiehlt die GPK Annahme des Geschäfts.

**Löffel Christian, Fraktion Forum:** In der Fraktion Forum wurde dieses Geschäft in zwei Teilen behandelt. Im ersten Teil ging es um das Baugeschäft. Es handelt sich um eine weitere alte Liegenschaft, deren Unterhalt vernachlässigt wurde. Die Gebäudehülle muss nun saniert werden und die Raumgeometrie muss entsprechend den Raumbedürfnissen geändert werden. Eigentlich ist es ein klares Baugeschäft, wie es der Stadtrat schon oft behandelt hat. Es ist einfach so, dass städtische Liegenschaften renoviert werden müssen und dazu ein Projektionskredit nötig ist. Es ist ebenfalls klar, dass das Bedürfnis nach 60 Krippenplätzen vorhanden ist. Dies hat aber mit dem Baugeschäft an und für sich nichts zu tun. Soweit ist alles klar.

Im zweiten Teil hat sich die Fraktion Forum überlegt, ob das Geschäft nicht auch noch von einem anderen Blickwinkel her betrachtet werden sollte. Die Fraktion fragte sich an ihrer Sitzung vom Montag, welche Informationen sie wohl am darauf folgenden Mittwoch zur Finanzstrategie erhalten würde. Man musste nicht Prophet sein, um diese zu erraten. Sie fielen genau so aus, wie dies die Fraktion Forum

erwartete: Es muss gespart und das Budget optimiert werden. Dies war auch die Betrachtungsweise im zweiten Teil der Diskussion um die Sanierung der Krippen. Die Fraktion Forum stellte sich grundsätzliche Fragen: Kann es sich die Stadt in Zukunft überhaupt leisten, CHF 3 oder 4 Mio. auszugeben, um solch alte Liegenschaften an heutige Normen und Bedürfnisse anzupassen? Wo müssten allenfalls Einschränkungen in Kauf genommen werden? Gäbe es vielleicht Möglichkeiten, günstigere Räume zu mieten? Im Renfer-Areal ist dies beispielsweise bereits der Fall. Dort hat die Stadt Kindergärten gemietet, welcher ein Privater gebaut hat. Wäre dies eine Variante, um Geld zu sparen, ohne die Leistungen der Kindertagesstätten zu kürzen? Steht die Kindertagesstätte Zukunft überhaupt am richtigen Ort? Wie steht es um den Kindergarten-Pavillon? Welche Visionen bestehen allenfalls für eine gemeinsame Nutzung der beiden Parzellen in diesem zentrumsnahen Gebiet? Wäre eine andere Nutzung denkbar? Frau Stöckli Schwarzen hat es auch angetönt: vielleicht wäre eine solche Vision ein Abriss mit anschliessendem Neubau, unter Umständen auch durch einen externen Investor, von welchem die Stadt die wirklich benötigten Räume dann zurückmieten könnte. Die Fraktion Forum versuchte also diese Fragen anhand des vorliegenden Projekts und unter dem Gesichtspunkt der Finanzstrategie, welche der Gemeinderat gestern präsentierte, zu stellen. Dies vielleicht auch etwas als Zukunftsmusik. Falls sich die Finanzstrategie - wie prophezeit - erfüllt, wird dies nicht das letzte Mal sein, dass sich der Stadtrat solchen Fragen stellen muss. Wie geht die Stadt mit ihren Finanzen um, wo setzt sie Prioritäten und wie können Dienstleistungen günstiger angeboten werden, ohne an Qualität einzubüssen? All diese Fragen bewogen die Fraktion Forum dazu, einen Rückweisungsantrag zu diesem Geschäft zu stellen.

Die Fraktion Forum stellt **einen Rückweisungsantrag** für obgenanntes Geschäft. Wie der Stadtrat gestern an der Information zur Finanzstrategie gehört hat, gilt es, in den kommenden Jahren massive Mindereinnahmen bei den Steuern in Kauf zu nehmen und zu verkraften. Das heisst auch, dass auf der Ausgabenseite optimiert werden muss. Deshalb möchte die Fraktion Forum das Geschäft mit folgenden Aufträgen an den Gemeinderat zurückweisen, ohne dabei die Kindertagesstättenplätze in Frage zu stellen.

Der Gemeinderat soll folgende Fragen und Alternativen prüfen:

1. Können wir uns in Anbetracht der düsteren finanziellen Zukunft solche Sanierungen überhaupt noch leisten?
2. Muss wirklich die Stadt Biel diese Investitionen tätigen?
3. Steht die Kita Zukunft am richtigen Standort?
4. Könnte die Stadt die Kita zu wesentlich günstigeren Bedingungen bei einem privaten Investor einmieten, beispielsweise im Sabag-Areal? Im Renfer-Areal funktioniert das mit den Kindergärten bereits heute.
5. Der Gemeinderat prüft einen Verkauf der Liegenschaft. Dabei wird auch eine Variante mit beiden Parzellen (Kita und Kindergarten) geprüft.

**Sutter Andreas, GPK:** Ich bin etwas überrascht über diesen Rückweisungsantrag, wurde ich doch erst heute telefonisch darüber informiert. Zudem bin ich praktisch in jedem von Herrn Löffel erwähnten Punkt anderer Meinung. Die Begründungen habe ich der Fraktion mitgeteilt. Heute ist nicht der richtige Zeitpunkt, den Standort der Kita (Kindertagesstätte) Zukunft in Frage zu stellen. Der Stadtrat hätte diese Frage

spätestens bei der Bewilligung des Kredits für Küche und Heizung diskutieren müssen. Dieser wurde nun bereits von der GPK abgerechnet. Mit der Sanierung der Heizung auf dem Dach wurden sogar Solarzellen installiert. Die Belegungszahl von 60 Kindern wurde bereits massiv nach unten korrigiert. Als die Krippe 1956 erbaut wurde, rechnete man mit 93 Kindern. Das ist massiv zu hoch für diese Örtlichkeit. In der Zwischenzeit haben die Bedürfnisse geändert und die Kita gab es damals unter diesem Namen noch gar nicht. Deshalb ist die Korrektur der Belegungszahl absolut richtig. Wie Frau Stöckli Schwarzen bereits antönte, wurde der Kita bereits eine grosse Grünfläche weggenommen. Die Erschliessung der Liegenschaften, welche nun an der Zentralstrasse gebaut wurden, war nicht klar geregelt. Darauf wurde die Grünfläche der Kita um eine Schneise von rund sechs Metern reduziert. Dieses Land ist im Moment nicht mehr nutzbar. Dies ist ein weiterer Aspekt, der dringend angepackt werden müsste. Hauptsächlich aber bietet die Liegenschaft eine sehr gute Bausubstanz, mit welcher der Minergie-Standard dank geeigneten Massnahmen erreicht werden könnte. Das Dach und die Fassade müssen isoliert und die Fenster ersetzt werden. Die Heizung wurde ja bereits saniert. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf. Theoretisch müsste die Kita im Moment geschlossen werden. Ich weiss nicht, welche Stadtratsmitglieder die Kita in letzter Zeit besucht haben. Kürzlich fand eine Evakuationsübung statt. Auf keiner Etage gibt es Fluchtwege! Wenn in einem Gebäudeteil ein Feuer ausbricht, verbrennen Kinder und Angestellte. Dies ist nicht zu vermeiden. Nach der Bauabnahme der neuen Küche und der neuen Heizung hätte niemals eine Bezugsbewilligung erteilt werden dürfen! Wenn im Spital so gebaut würde, käme es niemals zu einer Bezugsbewilligung. Deshalb verstehe ich die Welt nicht, wenn sich im Stadtrat jemand gegen diesen Planungskredit ausspricht. Es ist ja noch nicht einmal ein Ausführungskredit! Mit Überzeugung plädiere ich dafür, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Mit ebenso viel Überzeugung werde ich den vorliegenden Planungskredit genehmigen, ja ich möchte den Gemeinderat sogar dazu ermutigen, die Planung so rasch als möglich an die Hand zu nehmen. Der momentane Zustand der Kita kann nicht toleriert werden.

**Bösch Andreas, Fraktion Grüne Biel:** Ich kann mich grösstenteils dem Vorredner anschliessen. Auch die Fraktion Grüne ist überrascht über diesen Rückweisungsantrag. Es wurde ausgeführt, wie sich die Fraktion am Montag überlegte, wie wohl die Information zur Finanzstrategie von Mittwoch ausfallen würde. Ich stelle mir nun die Frage, ob die Fraktion Forum sich wohl auch am Montag überlegt hat, wie sie den Rückweisungsantrag am Donnerstag durchbringen will. Da sie nicht vorinformiert wurde, ist es für die Fraktion Grüne heute praktisch unmöglich, in einer vernünftigen Art und Weise nun noch auf diesen einzugehen, zumal es für die Fraktion Grüne klar ist, dass für dieses Gebäude dringender Handlungsbedarf besteht. Vorarbeiten wurden bereits getätigt. Deshalb kann die Fraktion Grüne nicht auf den Rückweisungsantrag eintreten.

**Wiederkehr Martin, Fraktion SP:** Gestern hörte ich eine Reklame: *"Ich bin Grossmutter, aber man sieht es nicht."* Bei mir nützt Faltencreme nichts, ich bin Grossvater und man sieht es mir an. Ich habe denselben Jahrgang wie die Krippe Zukunft, 1953, und ich bin auch im gleichen Quartier aufgewachsen. Warum ich gegen diesen Rückweisungsantrag bin? In der Fraktion SP habe ich nicht darüber sprechen können, denn auch sie ist überrumpelt worden. Der Handlungsbedarf ist aber wirklich gross, eine Faltencreme nützt nichts. Es sind bauliche Massnahmen nötig und hierfür ist eine Planung erforderlich. Wenn das Geschäft zurückgewiesen

wird, müssen andere Lösungen für die Kita gefunden werden. Diese sind nicht von heute auf morgen realisierbar. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat sich die im Rückweisungsantrag formulierten Überlegungen gemacht hat und ihm die finanzielle Situation nicht erst seit der gestrigen Information zur Finanzstrategie bewusst ist. Ich traue es dem Gemeinderat inklusive Herrn Stöckli zu, dass finanzielle Überlegungen bei einem solchen Projekt eine Rolle spielen. Es geht um eine Planung, damit die Sanierung der Krippe sofort an die Hand genommen werden kann. Wenn der Stadtrat sieht, dass die Sanierung absolut unmöglich ist, kann immer noch darüber diskutiert werden. Das Projekt muss aber jetzt geplant werden. Ich möchte noch die Stellungnahme des Gemeinderats zu diesem Rückweisungsantrag hören, die Fraktion SP wird ihn aber wohl eher ablehnen.

**Moser Peter, Fraktion Forum:** Wie Herr Löffel sagte, handelt es sich eigentlich um ein Bauprojekt. Gleichzeitig betrifft das Projekt aber den Schuldirektor. Die Fraktion Forum möchte aber vor allem den Gesichtspunkt des Finanzdirektors hören, dies unter Berücksichtigung aller Fakten, welche er dem Stadtrat gestern während zwei Stunden präsentierte. Es ist für die Fraktion Forum kein politisches Geschäft, es geht nicht darum, dem einen oder anderen Gemeinderat eins auszuwischen. Es geht effektiv um eine finanzpolitische Würdigung unter Berücksichtigung der Finanzstrategie, welche dem Stadtrat gestern erklärt wurde. Vielleicht wäre mieten doch günstiger als die Investition in die Renovation. Mieten hätte den Vorteil, dass die Stadt flexibler wäre. In Bözingen ist dies gut sichtbar. Die Leute sind heute flexibel und mobil. Wenn heute in der Innenstadt 110 Plätze nötig sind, braucht es morgen vielleicht noch deren 50 und übermorgen 70 an einem anderen Ort. Dies ist ein Problem der festen Schul- und Kindergarteneinrichtungen. Diese Lagebeurteilung möchte die Fraktion Forum ganz neutral vom Finanzdirektor hören, der allein den finanzpolitischen Standpunkt betrachtet. Mit diesen zusätzlichen Informationen könnte dann über den Rückweisungsantrag abgestimmt werden.

**Köhli Hans-Ulrich, Fraktion GLP:** Die Fraktion GLP wurde am Dienstagmorgen über den vorliegenden Rückweisungsantrag informiert. Trotzdem war sie erstaunt darüber. Wahrscheinlich wird es Herr Stöckli bestätigen: Küche und Heizung wurden neu saniert und eine Einmietung beispielsweise im Sabag-Areal kommt garantiert teurer als die angestrebte Renovation. Ausserdem hat es rund um das Sabag-Areal viel weniger Grünflächen und ich nehme an, dass Kinder Grünflächen haben sollten. Sie sollten nicht schon von Anfang an in die Betonkultur eingeführt werden. Deshalb wird die Fraktion GLP diesen Rückweisungsantrag nicht unterstützen.

**Baltzer Niklaus, SP:** Ich habe Mühe mit diesem Rückweisungsantrag. Gestern hat der Gemeinderat informiert, dass er eine selbstständige, interne Gruppe einsetzen will, die solche Fälle kritisch begutachten und den Gemeinderat beraten soll, wo Investitionen getätigt werden sollen. Ich sehe im Rückweisungsantrag einen gewissen Widerspruch zu dieser Strategie. Es hätte beispielsweise gefordert werden können, dass auch vorliegendes Geschäft in diese Gruppe aufgenommen und geprüft wird. Das hätte ich verstanden. Damit könnte dem Gemeinderat mit einem Augenzwinkern signalisiert werden, dass auch dieses Geschäft strategisch angeschaut werden sollte. Ich finde es aber nicht korrekt, das ganze Geschäft zurückzuweisen. Eine Prüfung könnte aber sicher vorgenommen werden.

**Liechi Gertsch Teres, SP:** Inhaltlich wurde bereits alles gesagt. Ich habe aber noch eine Anmerkung zum System, sie geht in eine ähnliche Richtung wie das Votum von Herrn Baltzer. Gestern wurde dem Stadtrat eine Finanzstrategie vorgestellt, die in einem Jahr in eine Gesamtstrategie münden soll. Der Gemeinderat erarbeitete diese Finanzstrategie als Reaktion auf die Budgetdebatte. Er will damit verhindern, dass der Stadtrat konzeptlos einzelne grosse Brocken ins Budget stellt, welche die Rechnung belasten. Ebenso wenig sollte jetzt aber das Gegenteil getan werden. Der Stadtrat sollte sich nun nicht dazu verleiten lassen, plötzlich Geschäfte zurückzuweisen. Ich meine das grundsätzlich. Es wäre eine falsche Reaktion auf das gestern Gesagte, wenn jetzt einfach unter diesem Gesichtspunkt sinnvolle Geschäfte zurückgewiesen würden. Darum kann es nicht gehen. Es wurde vielmehr angekündigt, dass in einem Jahr die Resultate der Evaluationen angeschaut werden.

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Im Namen des Gemeinderats empfehle ich dem Stadtrat, diesem Geschäft zuzustimmen und den Rückweisungsantrag abzulehnen. Obschon es jetzt formell um die Rückweisung geht, möchte ich ein paar materielle Aspekte erwähnen. Ich danke der GPK-Sprecherin, welche die Vorgeschichte der Kita Zukunft und Bubenberg richtig wiedergegeben hat. Es ist so, dass der Gemeinderat den Fokus auf die Kita Zukunft richtet. Es gibt zwei Diskussionsebenen. Die eine ist der bautechnische Teil, also die Projektierung. Bei der zweiten geht es um eine Grundsatzdiskussion und um die im Rückweisungsantrag gestellten Fragen. Ich muss diese nicht alle beantworten. Sie müssen erst beantwortet werden, falls das Geschäft zurückgewiesen werden sollte. Trotzdem werde ich auf gewisse Fragen zurückkommen. Es wurde richtig gesagt, dass die Krippe jetzt umgebaut werden muss, weil sie baufällig ist. Es existiert ein Konzept, das, wenn es angepackt werden soll, einen Projektierungskredit von CHF 400'000.- jetzt nötig macht. Was den baulichen Teil anbelangt, sind bald einmal CHF 3,4 Mio. nötig, um sinnvoll zu investieren. Sowohl Projektierungs- als auch Baukosten sind in der Investitionsplanung vorgesehen. Die richtige Schlussfolgerung ist, dass der Projektierungskredit nur abgelehnt werden kann, wenn auch der Umbau nicht gewollt wird.

Es wurden diverse Fragen aufgeworfen. Der Gemeinderat hat diese natürlich auch diskutiert. Anlässlich zweier Sitzungen wurde sehr lange über das Konzept dieser Krippen gesprochen. Dabei wurde auch über die Notwendigkeit einer Sanierung nachgedacht. Der Bedarf wurde abgeklärt, ebenso der richtige Standort. Alle drei kritischen Fragen wurden vom Gemeinderat vor einem halben Jahr beantwortet. Die Krippe ist wirklich in einem lamentablen Zustand. Ich habe sie zweimal besichtigt und es muss etwas geschehen. Der Bedarf von 60 Krippenplätzen ist ausgewiesen. Die Kinder haben ein Anrecht auf einen Grünraum. Der jetzige Standort ist also ideal. Natürlich kann alles hinterfragt werden. Als andere Variante wurde die Einmietung gefordert. Die Fraktion Forum besteht aus einer gelehrigen Schülerschaft, aber die Umsetzung der gestern vorgestellten Finanzstrategie muss nicht gerade bei vorliegendem Projekt beginnen. Die Investitionsplanung ist nun bereits bei der Priorität 2,4 angelangt. Das heutige Projekt ist aufgegleast und figuriert in der Investitionsplanung. Theoretisch wäre zwar eine Einmietung zum Beispiel im Sabag-Areal möglich. Aber auch dort müsste die Stadt natürlich erheblich investieren. Es kann nicht einfach ein Raum gemietet werden, ohne etwas zu verändern. Ich spreche beispielsweise auch von der Aussenraumgestaltung. Diese Anpassungen führen schnell in den Millionenbereich. Zudem würden bis zur Umsetzung einer solchen



Einmietung zwei bis drei Jahre vergehen. In dieser Zeit müsste die heutige Krippe weiter funktionieren. Die Krippenleiterin würde wohl endgültig die Nerven verlieren, wenn sie erneut zwei bis drei Jahre länger warten müsste. Die kritischen Fragen können selbstverständlich gestellt werden, sie wurden aber im Gemeinderat bereits diskutiert. Er kam zum Schluss, dass diese Sanierung heute Sinn macht. Auch ein Verkauf der alten Liegenschaft könnte nicht so schnell realisiert werden. Zuerst müsste ein Käufer gefunden und eine Zonenplanänderung vorgenommen werden, damit dort Wohnungen realisiert werden können. Dies könnte wiederum acht Jahre dauern. Bis dann wäre das Gebäude in einem noch desolateren Zustand, was ja für das Quartier auch nicht schön ist. Der langen Rede kurzer Sinn: der Rückweisungsantrag, so gut er auch gemeint ist, ist ein Schnellschuss. Der Projektierungskredit von CHF 400'000.- ist jetzt nötig. Falls sich das Projekt dann wirklich so schlecht entwickelt, könnte der Stadtrat dann immer noch beim Investitionskredit ein Veto einlegen. Da das Konzept bereits vorliegt, möchte ich den Stadtrat bitten, jetzt vorwärts zu machen und den Rückweisungsantrag abzulehnen. Vielleicht macht es Sinn, dass Herr Moeschler zum Bedarf schon jetzt Stellung nimmt.

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** Le débat sur les structures d'accueil extra familial est un débat national. En Suisse, nous avons un retard très important dans ce domaine. Partout, se pose la question de savoir, comment l'offre peut-elle être augmentée et comment mieux accueillir les enfants. La compatibilité entre le travail et la vie de famille le demande également.

Le thème aujourd'hui est l'éducation précoce. Il y a beaucoup d'enfants étrangers dans les classes. Comment répondre à cette situation? En mettant sur pied des infrastructures d'accueil pour tous les enfants, y compris ceux de langue étrangère. Il faut des structures d'accueil, dans lesquelles les enfants apprendront l'allemand ou le français ou l'allemand et le français, car c'est également dans ces lieux, que le bilinguisme sera initié. L'importance de ces structures d'accueil extrafamilial n'est plus à démontrer.

C'est avec une certaine surprise, que j'ai appris la proposition du Groupe Forum. Ces structures, dont nous parlons, doivent être financées par le Canton, en ce qui concerne l'exploitation, par le biais de la péréquation des charges, par les parents, concernant l'exploitation et par la Ville, concernant l'infrastructure. Le Canton remplit son rôle et les parents également. La Ville va-t-elle dire, qu'elle s'inscrit aux abonnés absents et qu'elle n'est plus intéressée à rénover, entretenir ou à développer ces bâtiments? Poser la question c'est y répondre. Nous avons un rôle à jouer. Lorsque nous avons une crèche au centre ville, comme celle de l'Avenir, nous sommes responsables, pour que les enfants y soient accueillis dignement, dans des infrastructures adéquates et en bon état. Des rénovations à la Crèche de l'Avenir ont été effectuées à la cuisine et au chauffage. Le reste du bâtiment est dans un mauvais état. Il faut faire, ce qu'il y a à faire! La Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture a réfléchi aux infrastructures à disposition. La Ville a hérité du bâtiment de la Crèche du Bubenberget elle n'a pas dépensé d'argent pour ce bâtiment. La Crèche de l'Avenir joue un rôle essentiel dans ce paysage, puisqu'elle correspond à une demande au centre ville. La Crèche Bubenberget et la Crèche de l'Avenir ont un besoin d'assainissement urgent.

Les questions posées par Monsieur Löffel ou le Groupe Forum sont justifiées. Le Conseil municipal a réfléchi, lors de deux séances, aux alternatives éventuelles. Quant on pense à une crèche, dans le futur bâtiment de l'Administration, il se pose la question d'un espace extérieur. Cet espace n'existe pas à l'Aire Sabag et n'existerait pas non plus dans le bâtiment de l'Esplanade. Par contre, un espace extérieur existe à la Crèche de la rue de l'Avenir. Le bâtiment de la rue de l'Avenir a été conçu pour une crèche. On pourrait le détruire et reconstruire, mais cela coûterait plus cher. Ce bâtiment est situé dans un quartier d'habitations et correspond aux habitants de ce quartier. Par conséquent, il est nécessaire de la maintenir à cet endroit. Il n'y a pas de raison de construire une crèche, où les enfants n'habitent pas!

Vous avez raison de dire, qu'hier une conférence de presse a eu lieu et que nous pourrions nous reposer des questions ou examiner la question de cet investissement sous un autre jour. Lorsque le Conseil municipal a parlé de sa stratégie financière, il a dit comment il entendait procéder. Il n'a pas fixé de priorités. Par conséquent, ce serait bien mal venu, de donner un signal aussi négatif, de la part du Conseil de ville, dans le domaine de la famille et dans le domaine des enfants, là où les attentes sont si élevées. Commencer la stratégie financière, avec un signal aussi négatif, serait extrêmement dangereux, non seulement pour les familles et pour les enfants, mais pour le projet lui-même. Nous nous donnerons la peine, dans un groupe de travail, de mener ce projet, afin que les mesures à prendre soient politiquement acceptables et trouvent au Conseil de ville une majorité. Je vous prie d'accepter le crédit d'étude pour l'assainissement de la Crèche de l'Avenir.

**Moser Peter, Fraktion Forum:** Beide Gemeinderäte, die gesprochen haben, geben sich Mühe, die Fraktion Forum nicht zu verstehen. In meinem vorherigen Votum stellte ich die Frage nach der finanzpolitischen Würdigung dieses Geschäfts, dies insbesondere unter dem Aspekt der Finanzstrategie. Ich weiss nun nicht, wie die vornehme Zurückhaltung des Finanzdirektors zu interpretieren ist. Seine rein finanzpolitische Haltung möchte ich aber trotzdem noch hören. Die Fraktion Forum weiss, dass diese Krippenplätze nötig sind. Über den Standort kann diskutiert werden. Nun möchte ich aber noch die Meinung des Finanzdirektors hören.

**Stöckli Hans, Finanzdirektor:** Ich schätze vornehme Zurückhaltung immer... Die Finanzdirektion hat sich lange mit diesem Geschäft befasst und liess gewisse Änderungen einfliessen. Diese betrafen einerseits den informellen Bereich. So soll der erste Kredit abgerechnet werden, bevor der zweite gesprochen wird. Sie stellte auch die Frage, ob diese Fläche in der Innenstadt, welche Platz für 1'000 m<sup>2</sup> Bruttogeschossfläche bieten würde, eventuell auch anders genutzt werden könnte. Diese Überlegungen sollen nun in die Planung einfliessen. Nicht überlegt wurde ein Abbruch des Gebäudes und eine Neudefinition des Standorts. Ich weiss nicht, welchen Wert die Liegenschaft respektive das Grundstück haben oder welche anderen Nutzungsmöglichkeiten oder Erträge generiert werden könnten. Auch eine Einmietung wurde nicht geprüft. Deshalb kann ich auf diese Fragen auch keine konkrete Antwort geben. Ich würde aber nicht primär behaupten, dass eine Einmietung billiger käme. Wie erwähnt, wurde ja in der bestehenden Kita (Kindertagesstätte) bereits eine grosse Vorinvestition getätigt. Ein gerade erst abgerechneter Kredit von mehreren CHF 100'000.- wäre in diesem Fall "für die Füchse". Dies ist politisch heikel und ist wohl der Hauptgrund, weshalb ein Abbruch im Moment keine gute Lösung wäre. Dies ist aber eine reine Vermutung, es liegen

keine zahlenmässigen Prüfungen vor. Die Standortfrage wurde jedoch intensiv geklärt. Das Quartier hat bereits ein grosses Entwicklungspotenzial genutzt, birgt aber noch weiteres. Der Standort für die Krippe vis-à-vis des Bakoms (Bundesamt für Kommunikation) ist sicher richtig. Als Präzisierung möchte ich aber Folgendes anfügen: die Finanzstrategie wird im Bereich der Investitionen dazu führen, dass Investitionen in das Verwaltungsvermögen verstetigt werden müssen. Ein solcher Fall liegt hier vor. Der Gemeinderat hat sich gewisse Ziele gesetzt, welche im Rahmen der Investitionsplanung diskutiert werden müssen. Das Problem dabei ist, dass nicht getätigte Investitionen möglicherweise mittelfristig teurer zu stehen kommen als getätigte. Hier gilt es, den goldenen Mittelweg zu finden. Die Liegenschaften sollen nicht vergoldet werden, aber die Stadt muss ihren Pflichten nachkommen. Zusammenfassend kann ich sagen, dass der Gemeinderat einen Teil der aufgeworfenen Fragen geprüft hat, einen anderen Teil nicht. Es ist durchaus möglich, dass bei neuen Projekten künftig vermehrt auf den Finanzdirektor gehört werden muss.

**Brassel Urs, FDP:** Die Fraktion Forum stellt den **Ordnungsantrag**, erst nach der Pause über den Rückweisungsantrag abzustimmen.

### **Abstimmung**

über den Ordnungsantrag

**Der Ordnungsantrag wird abgelehnt.**

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Wir kommen nun zur Abstimmung über den Rückweisungsantrag der Fraktion Forum.

### **Abstimmung**

über den Rückweisungsantrag der Fraktion Forum

**Der Rückweisungsantrag der Fraktion Forum wird abgelehnt.**

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Gibt es nun noch weitere Wortmeldungen? Ich glaube es wurde alles diskutiert...

**Bösch Andreas, Fraktion Grüne Biel:** Ich möchte im Namen der Fraktion Grüne das Wort ergreifen. Bevor ich mit meinem Votum beginne, möchte ich mein Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, dass ein Rückweisungsantrag gestellt wurde, um Fragen beantwortet zu bekommen, welche auch in der ordentlichen Diskussion hätten besprochen werden können. Dies geht soweit, dass verlangt wird, diese Fragen zu beantworten, obschon sie erst hätten beantwortet werden müssen, wenn der Rückweisungsantrag angenommen wird. Verfahrenstechnisch fand ich diese Diskussion nicht sauber. Ich ging davon aus, dass der Rückweisungsantrag gestellt und gleich darauf darüber abgestimmt wird.

Die Fraktion Grüne stimmt dem Projektierungskredit für die Sanierung der Kita (Kindertagesstätte) Zukunft zu. Wie im Bericht erwähnt und nun auch schon mehrfach ausgeführt, ist diese Sanierung dringend. Die Fraktion Grüne ist froh, dass die Räumlichkeiten nun für eine zeitgemässe Kita-Nutzung angepasst werden können.

Etwas stutzig machte sie der Wegfall des Grünstreifens für die Einfahrt der Tiefgarage. Das wurde ja auch bereits erwähnt. Es stellt sich die Frage, wie das Erdgeschoss unter diesen Umständen noch als Freiraum gerechnet werden kann. Gemäss unserem Allgemeinverständnis ist Freiraum etwas freies, offenes. Ein Erdgeschoss hingegen ist etwas geschlossenes in einem Gebäude. Das ist für die Fraktion Grüne unklar.

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** Premièrement, une question a été posée concernant la parcelle, qui permet l'accès au garage du bâtiment voisin. La surface est effectivement réduite. Il faudra examiner la question de la parcelle du jardin d'enfants, en tenant compte de cela.

Deuxièmement, dans le texte, on parle d'une grande salle à l'intérieur du bâtiment, où plusieurs activités peuvent se dérouler. Il ne s'agit pas d'un espace libre extérieur, mais d'une grande salle à l'intérieur.

**Stöckli Schwarzen Heidi, SP:** Ich habe noch eine Frage an den Baudirektor. Die Frage nach dem Aussenraum habe ich anders verstanden. Wenn von einer Nutzung der Kindergartenparzelle die Rede ist, ging ich davon aus, dass ein allfälliger Bau ein Stelzenbau wäre, bei welchem der Grünraum darunter als solcher genutzt werden könnte.

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Diese Interpretation ist richtig.

### **Abstimmung**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 30. April 2010 und gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für die Ausarbeitung eines Sanierungs- und Anpassungsprojektes für das Kindertagesstättengebäude an der Zukunftsstrasse, Konto Nr. 54000.0224, wird ein Verpflichtungskredit von CHF 400'000.00 bewilligt. Der Kredit ist in den späteren Kredit für die Ausführung zu integrieren.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

**109. Begründung der Dringlichkeit Motion 20100213 GPK, "Bessere Abstimmung der Schnittstellen zwischen den Abteilungen Liegenschaften und Hochbau, bzw. zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen"**

**Stöckli Schwarzen Heidi, GPK:** Der GPK geht es in diesem Vorstoss um eine bessere Abstimmung der Schnittstellen zwischen den Abteilungen Hochbau und Liegenschaften. Diese Abstimmung stimmt im Moment nicht und es kommt immer wieder zu Missverständnissen und Beeinträchtigungen der städtischen Interessen. Ein Beispiel dafür ist der im vorherigen Geschäft erwähnte Verlust des Grünstreifens bei der Krippe Zukunft, wo die eine Abteilung nicht weiss, was die andere tut oder dies zu spät erfährt. Ein anderes Beispiel ist der Sportplatz Ipsach, wo Private eine Sportanlage bauen und die Abteilung Hochbau erfährt es zu spät. Deshalb ist es dringend nötig, dass eine Verbesserung möglichst rasch realisiert wird, weil auch städtische Interessen leiden. Damit ist auch die Dringlichkeit begründet. Angesichts des momentanen Zustands der Abteilung Liegenschaften ist es wichtig, dass hingeschaut und Unterstützung geleistet wird.

**Abstimmung**

über die Dringlichkeit der Motion 20100213, GPK

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**Sitzungsunterbruch: 20.00 Uhr - 21.15 Uhr**

**110. Postulat 20090385, Dana Augsburger-Brom, Fraktion SP, "Planung einer korrekten Entsorgung für quecksilberenthaltende Stromspar-Lampen"**

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Augsburger-Brom Dana, SP:** Die Fraktion SP dankt dem Gemeinderat für die positive Beantwortung dieses Postulats. Die Beantwortung wurde bereits am 19. März 2010 verfasst. Ich habe nun zwei Fragen zur aktuellen Situation:

Im zweitletzten Abschnitt der Antwort steht: *"Auf dem Areal der Müve Biel-Seeland AG wird zudem geprüft, ab Herbst 2010 einen regionalen Entsorgungshof der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, welcher ebenfalls die Möglichkeit zur kostenlosen Abgabe von schadstoffhaltigen Leuchtmitteln bieten wird."* Gibt es dazu bereits Neuigkeiten?

Wird der Begriff "Stromsparlampe" oder "schadstoffhaltige Leuchtmittel" nach der Realisierung dieser Entsorgungsmöglichkeit im Areal der Müve im Abfallhandbuch aufgenommen?

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Es wurden zwei Fragen gestellt. Es stimmt, dass die Müve einen regionalen Entsorgungshof plant. Es handelt sich um ein Projekt, das zusammen mit den Agglomerationsgemeinden erarbeitet wird. Diese gaben bereits ihre Zustimmung für einen Dividendenverzicht. Leider konnte das Projekt aber noch nicht umgesetzt werden. Logistische Fragen sowie Fragen zur Verkehrsführung sind noch nicht geklärt. Ich gehe davon aus, dass in der nächsten Verwaltungsratssitzung im September 2010 darüber befunden werden kann, ob der Entsorgungshof realisiert wird. Sicher wäre er für die Stadt interessant. Wenn die Sparlampen nicht bereits im Abfallhandbuch aufgeführt sind, ist die Baudirektion natürlich gerne bereit, dies zu ergänzen.

## **Abstimmung**

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

### **111. Motion 20090384, Pablo Donzé, Fraktion Grüne Biel, "Saubere Stadt, sogar bei grossen Anlässen!"**

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion erheblich zu erklären.

**Donzé Pablo, Les Verts Bienne:** En déposant une motion en faveur d'une ville propre, même lors de grandes manifestations, je me rends compte, que nous n'aurons pas des braderies ou des kermesses de la Vieille Ville cent pour cent écologiques, mais il s'agit d'une amélioration sensible de la masse de déchets et de la propreté lors de ces événements. Ce thème revient régulièrement au Conseil de ville. La motion n'a pas d'influence négative sur la sécurité de ces grands événements. Je ne demande pas un retour au verre. Il s'agit de gobelets en plastique durs, inutilisables lors d'actes violents! Je me rends également compte, de l'effet contraignant de la motion pour les sociétés. Il s'agit d'une base légale, qui comprendra certainement des exceptions pour certains cas. J'espère que les sociétés pourront s'adapter à la situation. La grande majorité des événements, qui ont lieu aujourd'hui, que ce soit l'Euro dans les grandes villes (Berne, Zürich, Bâle) ou les festivals (Paléo, Gurten, Pod Ring), utilise la vaisselle réutilisable depuis longtemps. Donc, je fais confiance à toutes les sociétés, qui organisent et participent aux grands événements à Bienne et pense, qu'elles sauront s'adapter sans peine. De plus, elles trouveront dans les services communaux, qui comme c'est écrit dans la réponse à la motion, sont prêts à un soutien. Pour toutes ces raisons, je vous invite à accepter cette motion, allant dans le sens d'une ville plus propre et donc plus agréable à vivre. J'ai une question au Conseil municipal: en cas d'acceptation, avec quel délai de réalisation devrions-nous compter? Merci.

**Ammann Olivier, au nom du Groupe Forum:** Au sein du Groupe Forum, nous avons parlé de ces problèmes sécuritaires, au sujet de la vaisselle souple ou d'autres cas de réalisation, lors de grandes manifestations, telles que la braderie, la kermesse de la Vieille ville, etc., afin de savoir comment l'infrastructure pouvait être réalisée

pour les sociétés. Je remercie le motionnaire d'avoir soulevé ces éventuels problèmes. J'aimerais ajouter quelques mots concernant le point mentionné dans la motion, concernant le Règlement de la Ville de Berne, disant: "...*darf in der Regel...*". C'est bien clair, qu'il doit pouvoir y avoir quelques échappatoires et surtout quelques possibilités d'avoir une interprétation peut-être un peu plus souple, au lieu de dire, que tous les emballages jetables sont interdits. Dans l'élaboration de cette réglementation, nous aimerions avoir cette garantie, du côté du Conseil municipal. Je vous remercie.

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Dieser Vorstoss hat nichts Neues. Die Bauabteilung stellt schon lange Überlegungen an zum Mehrweg- oder Pfandgeschirr. Andere Städte kennen dies auch. Der Teufel liegt jedoch im Detail. Die gesetzlichen Grundlagen müssen geschaffen werden, es braucht ein Reglement. Für die Vereine ist es nicht ganz ohne, es bringt einen gewissen Aufwand mit sich. Sauberes Geschirr muss immer zur Verfügung stehen. Die Lebensmittelverordnung verlangt zum Beispiel, dass Geschirr mit mindestens 80°C abgewaschen werden muss. Für gewisse Vereine würde dies zu Mehrbelastungen führen. Die Bauabteilung muss ein solches Konzept sehr detailliert ausarbeiten. Das Berner Modell liegt der Bauabteilung vor. Es muss aber noch verfeinert werden. 2011 oder 2012 könnte ein entsprechendes Konzept für Biel vorliegen.

## **Abstimmung**

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

### **112. Interpellation 20090319, Hans-Ulrich Köhli, GLP, "Schwanenkolonie wie weiter?"**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

**Köhli Hans-Ulrich, GLP:** Eigentlich wurde diese Interpellation als dringlich erklärt, trotzdem sind schon fast neun Monate vergangen, seit ich sie im letzten September eingereicht habe. Der Zustand in der Schwanenkolonie hat sich seither massiv verbessert. Am 19. Mai 2010 besuchte ich die Schwanenkolonie persönlich und konnte viel Gutes feststellen. Es ist kein Vergleich mehr mit dem Zustand vor einem Jahr, als Herr Bauder die Schwanenkolonie mehr oder weniger notfallmässig übernahm. Vor allem die Heizung und Rückzugsmöglichkeiten, welche ich in der Interpellation forderte, wurden bereits installiert und die Vögel können sich draussen oder drinnen aufhalten. Alles ist viel besser. Es wird nun auch eine Bestandesliste geführt. Monatlich wird abgeglichen, welche Tiere gestorben oder neu dazu gekommen sind. Einige Tiere sind zwar tatsächlich gestorben, aber lange nicht so viele, wie mir aus der Bevölkerung zugetragen wurde. Die Vogelklappe ist in Betrieb und funktioniert sehr gut. Verletzte Vögel können dort jederzeit abgegeben werden. Die Klappen sind mit Wasser und einem weichen Platz ausgerüstet und am nächsten

Morgen kümmert sich jemand um die Tiere. Mehr als 60% der abgegebenen Vögel konnten gerettet werden.

Nun komme ich zum heiklen Punkt, der mich auch zu dieser Interpellation bewogen hat. Es wurde mir zugetragen, dass Bieler Stadttauben in einem Zoo verfüttert würden. Es ist tatsächlich so, dass in "Johns kleiner Farm" in Kallnach Tauben verfüttert werden. Dabei handelt es sich aber nicht um Tauben aus Biel sondern um Tauben aus einer Zucht. Es ist bekannt, dass Zuchttauben und -ratten in Zoos verfüttert werden, weil sie für die gehaltenen Tiere als natürliche Nahrung dienen.

Ich stelle fest, dass sich die Situation in der Schwanenkolonie stark verbessert hat. Trotzdem bin ich mit der Antwort des Gemeinderats nicht unbedingt zufrieden. Diese ist viel zu juristisch ausgefallen. Eigentlich hätte ich vom Gemeinderat die Antwort erwartet, welche ich nun selber dem Stadtrat gegeben habe. Ich werde mich in einem nächsten Vorstoss dafür einsetzen, die Schwanenkolonie auch weiterhin zu verbessern. Die Situation ist immer noch nicht optimal und es muss weiterhin etwas getan werden. Die Schwanenkolonie muss vergrößert und renoviert werden. Es braucht ein Konzept, worin auch der Umgang mit Tauben festgelegt wird. Dies nicht nur für die Schwanenkolonie, sondern für die ganze Stadt. Dies finde ich wichtig. Die Schwanenkolonie ist für Biel fast so wichtig wie der Bärenpark für Bern (*Gelächter im Saal*). Vielleicht ist das etwas übertrieben, sie ist aber für das Volk von einer gewissen Wichtigkeit. Dies ist auch daran ersichtlich, dass die Spenden seit dem Wechsel der Leitung nicht wirklich zurückgegangen sind. Ich bin der Meinung, dass Informationstafeln auf städtischem Boden angebracht werden sollten, welche das Füttern verbieten. Die Renovation der Schwanenkolonie ist dringend nötig, denn im Moment entspricht sie nicht den Vorschriften gemäss dem Tierschutzgesetz. Beispielsweise brauchen die Schwäne und Enten Gras, welches sie abgrasen können. Diese Tiere fressen nicht nur Körner! Es muss etwas geschehen, damit das Tierschutzgesetz langfristig eingehalten wird. Ich werde darauf hinarbeiten, dass diese Verbesserungen realisiert werden. Vielleicht müssten diese Massnahmen auch im Zusammenhang mit einem Tierschutzkonzept stehen. In Biel kümmert man sich viel zu wenig darum, wie es den Tieren geht. Das Thema ist auch in zwei Direktionen angesiedelt. Es ist also sicher ein komplizierter Weg. Ich bin aber bereit, diesen zu gehen und hoffe, dass der Gemeinderat dies unterstützen wird.

**Hadorn Werner, SP:** Ich kann mich daran erinnern, dass die Schwanenkolonie in den 90er-Jahren, als Balz Oberle im Stadtrat war, ein Thema war. Es wurde stundenlang darüber diskutiert. Ich staunte über die Antwort des Gemeinderats: er versteckt sich hinter dem Kanton! Überall wird auf den Kanton verwiesen. Die Antwort gibt vor, dass weder der Gemeinderat noch die Stadt eine Verantwortlichkeit in dieser Sache haben. Ich frage mich, weshalb das so ist. Immerhin zahlt die Stadt seit langem jährlich CHF 90'000.- Subventionen. Also hat die Stadt doch auch eine Kontrollaufgabe! Ich verstehe deshalb nicht, dass immer der Kanton verantwortlich sein soll. Ich frage mich auch, weshalb die Schwanenkolonie nicht befragt wurde. Wenn ein Journalist recherchiert, fragt er die betroffenen Personen. In der Antwort werden keine Aussagen von betroffenen Personen wiedergegeben. Das Gleiche gilt für "Johns kleine Farm", auch hier wurden offenbar keine Informationen eingeholt. John Bauder betreut ja auch die Schwanenkolonie, vielleicht holt er sich ja die Tauben. Von Herrn Köhli möchte ich noch wissen, welches seine glaubwürdigen Quellen sind.



**Schwicker Barbara, Sicherheitsdirektorin:** Ich danke Herrn Köhli, dass er sich Zeit genommen hat, sich selber ein Bild über die aktuelle Situation zu machen. Manchmal bekommt man von aussen einen Anstoss für einen Vorstoss und reicht diesen ein. Dass aber der Aufwand nicht gescheut wird, selber zu verifizieren, ist gut. Zur Schwanenkolonie werden immer wieder sehr emotionale Diskussionen geführt. Daher ist es wichtig, dass man sich vor Ort ein eigenes Bild macht. Vielleicht kommt es in der Antwort zu wenig zur Geltung, deshalb sage ich es hier als Ergänzung: Vor einem Jahr waren die Tiere noch auf drei Direktionen verteilt. Der Baudirektor war und ist für die Tauben zuständig. Seit ich vor einem Jahr die Schwanenkolonie von Herrn Stöckli "geerbt" habe, ist der Rest nun bei mir. Neben der Schwanenkolonie sind dies der Tierpark und der Tierschutz. Seither besuchte ich mehrmals die Schwanenkolonie persönlich, um mir ein Bild zu machen. Ich weiss, wo die Schwächen liegen. Sie wurden bereits erwähnt. Es geht vor allem um Bauliches. Bei allem guten Willen können diese baulichen Schwächen nicht wegdiskutiert werden. Es geht nun darum, adäquate Lösungen zu finden. Gerade weil dem Gemeinderat, wohl aus den gleichen Quellen wie dem Interpellanten, immer wieder Informationen zugetragen werden, hat er nun Kontakt mit dem Kantonstierarzt aufgenommen. Dieser prüfte die Situation vor Ort. Der Gemeinderat führte mit ihm ein Gespräch. Wie Herr Köhli bereits gesagt hat, bestätigte auch der Kantonstierarzt, dass sich die Situation in der Schwanenkolonie in letzter Zeit stark verbessert hat. Im Weiteren ist der Gemeinderat daran, eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den drei vorhin erwähnten Organisationen zu prüfen.

Im Stadtrat wurde bereits über ein Tierkonzept abgestimmt, allerdings wurde es damals abgelehnt. Trotzdem möchte der Gemeinderat die verschiedenen Partner an einen Tisch holen und klären, wo eine Zusammenarbeit Sinn macht. Im Moment sieht es so aus, dass dies vor allem zwischen der Schwanenkolonie und dem Tierschutz der Fall sein könnte. Es lohnt sich, sich für die Schwanenkolonie einzusetzen, egal ob sie den gleichen Stellenwert hat wie der Bärenpark oder nicht. Jedenfalls ist sie für Biel wichtig. Der Baudirektor möchte das Wort nicht selber ergreifen, er sagte mir aber vorhin, dass er sich sicher nicht gegen Infotafeln wehren würde, wenn er dafür eine Bewilligung erteilen müsste. Die bauliche Situation habe ich bereits erwähnt. Tatsächlich stellt sie insbesondere für Schwäne ein Problem dar. Dieses kann aber in den jetzigen Räumlichkeiten nicht gelöst werden. Nur eine neue Lösung könnte eine Verbesserung bringen.

Der Gemeinderat versteckt sich nicht hinter dem Kanton, der Kanton wurde einfach auch einbezogen! Es ist auch nicht üblich, in Antworten des Gemeinderats betroffene Personen zu zitieren. Selbstverständlich steht der Gemeinderat mit allen involvierten Organisationen in Kontakt und macht sich auch selber ein Bild. Es ist halt einfach so, dass der der Tierschutz eine kantonale Angelegenheit ist. Die Stadt kann dies aber unterstützen, was Biel auch tut. Dazu stehe ich. Die Aufgabenzuteilung muss aber immer berücksichtigt werden. Der Gemeinderat ist auf die Fortsetzung dieses Geschäfts gespannt und dankt für die doch recht gute Aufnahme.

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Nun sollte ich von Herrn Köhli noch wissen, ob er von der Antwort befriedigt ist.

**Köhli Hans-Ulrich, GLP:** Wie gesagt, habe ich die vom Gemeinderat erhofften Antworten selber verifiziert. Wenn die Sicherheitsdirektorin schon die

Schwanenkolonie besucht, hätte ich auch erwartet, dass sie erwähnt, was sich verbessert hat und die Antwort nicht nur auf juristischen Tatsachen basierend verfasst. Ich finde es wichtig, dass solche Geschäfte genau überprüft werden. Die Quellen, welche sicher auch die Medien interessieren würden, sind aus einem anderen Tierheim in Gals. Diese Personen schauten sich "Johns kleine Farm" an und stellten eine Verfütterung von Tauben fest. Zu den Medien möchte ich noch folgendes anmerken: es nützt nichts, wenn die Chefredaktionen von Biel-Bienne vor der Schwanenkolonie stehen und dann davonrennen, wenn Herr Bauder auftaucht. Sie müssten halt mit ihm sprechen, es wäre dann auch einfacher, über die Schwanenkolonie zu schreiben. Gerade dort könnten die Medien viel Positives bewirken, statt immer nur negative Meldungen zu publizieren. Die Schwanenkolonie braucht Unterstützung. Von der Stadt wird sie diese finanzielle Unterstützung wohl künftig nicht mehr so grosszügig erhalten, weil ein Sparkurs gefahren wird. Wahrscheinlich wird in erster Linie bei Tieren und Natur gespart werden, weil viele BürgerInnen meinen, diese brauche es nicht. Sowohl Tier als auch Natur sind aber ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens, was trotz Sparen nicht vergessen werden darf. Mit der Antwort bin ich nicht zufrieden.

**113. Postulat 20090386, Hanspeter Habegger, SVP, "Schüssbrücke Bözingen / Bushaltestelle / Velo"**

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

**Habegger Hanspeter, SVP:** Von der Antwort des Gemeinderats auf mein Postulat bin ich nicht befriedigt. Der Gemeinderat will den Vorstoss nicht erheblich erklären. Ich bin anderer Meinung und halte am Postulat fest. Der Hauptgrund liegt darin, dass der Baudirektor in der letzten Stadtratssitzung sagte, die Hauptachsen seien prioritär zu behandeln. Die Bözingen- und Solothurnstrasse gehören sicher zu den Hauptachsen. Nun sollen dort Bushaltestellen und Inseln gebaut werden, so dass niemand mehr durchkommt. Ich fahre täglich vier bis fünf Mal dort vorbei und die Verkehrssituation ist immer unbefriedigend. Oft kommt es zu Staus. Wahrscheinlich bleibt das jetzt einfach so oder wird gar noch schlimmer. Die baulichen Massnahmen sind bereits abgeschlossen. Obwohl die Schüssbrücke selber gut heraus kam, sind die Nebenschauplätze nicht befriedigend ausgestaltet. **Deshalb halte ich am Postulat fest.**

**Stöckli Schwarzen Heidi, Fraktion SP:** Die Fraktion SP erstaunt das Thema dieses Vorstosses und vor allem der Zeitpunkt dessen Einreichung. Im März 2009 fand eine öffentliche Mitwirkung statt, aufgrund welcher punktuelle Korrekturen vorgenommen wurden. Im Juli/August 2009 folgte ein Auflageverfahren mit Einsprachemöglichkeit. Wie es scheint, hat der Postulant beide Möglichkeiten verschlafen, er reichte auch keine Einsprache ein. Die Fraktion SP stellt fest, dass der Vorstoss zu spät eingereicht wurde. Das Planungsverfahren ist abgeschlossen und mit der Projektumsetzung wurde bereits begonnen. Hinzu kommt, dass das Projekt in diesem Gebiet nicht nur den rollenden Verkehr, sondern die Interessen sämtlicher Verkehrsteilnehmenden berücksichtigt. Das heisst, die baulichen Massnahmen

bringen mehr Sicherheit für FussgängerInnen und sind behindertenfreundlich geplant. Zudem wird der öffentliche Verkehr stadteinwärts bevorzugt. Das heutige Problem mit der Busbucht und der Lichtsignalanlage, die dem Bus die Wegfahrt erschwerte, ist gelöst. Die Velofahrenden auf dem Trottoir fahren dann eher Richtung Bürenstrasse, weil sie so schneller sind. Die Versetzung der Bushaltestelle stadtauswärts könnte ein Pluspunkt für alle Stadtkundigen sein. Wenn sie aus dem Bus steigen, wird ihnen der Weg zur Taubenlochschlucht gewiesen.

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Ich bitte den Stadtrat, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen. Es ist effektiv so, dass der Vorstoss zu spät eingereicht wurde. Meine Aussage, dass die Hauptachsen verstärkt werden sollen, steht nicht im Widerspruch zu diesem Projekt. Es gibt ja auch noch das Prinzip der Busbevorzugung. Wenn der motorisierte Individualverkehr, der Langsamverkehr und der öffentliche Verkehr in Einklang gebracht werden, kommt dies gut. Diese wurde auch bei der Planung der Nordachse weiterverfolgt.

### **Abstimmung**

über den Antrag des Postulanten, das Postulat 20090386 erheblich zu erklären

**Der Antrag des Postulanten wird abgelehnt.**

### **114. Interpellation 20090389, Andreas Sutter, Fraktion SVP plus, "Der öffentliche Raum als Baumusterzentrale?"**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

**Sutter Andreas, Fraktion SVP plus:** Besten Dank für die Verschiebung dieses Vorstosses. Von der Antwort bin ich etwas überrascht, aber im Prinzip bin ich damit zufrieden. Offenbar können es die Bauunternehmen einfach nicht besser und die Baudirektion erkennt nicht, was ich rüge. Nach wie vor bin ich der Meinung, dass im öffentlichen Raum nichts gelagert werden sollte. Beispielsweise beim Rüschi lagen sehr lange viele Bauelemente herum. Beim Kongresshaus wurden Teile des provisorischen Kreisels etwa ein Jahr lang auf dem Trottoir gelagert, bis sie schlussendlich abgeräumt wurden. Vielleicht kann Herr Klopfenstein diese zwei Beispiele mit auf den Heimweg nehmen und seinen verantwortlichen Mitarbeitenden mitteilen, dass es unnötig sei, altes Baumaterial so lange zu lagern.

**115. Dringliche Motion 20100075, Teres Liechi Gertsch, GPK, "Angemessene personelle Interimslösung für die ordentlichen Geschäfte der Abteilung Liegenschaften"**

(Text der dringlichen Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Gemeinderat beantragt, die dringliche Motion erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Rüfenacht Martin, GPK:** Dies ist ein Geschäft der GPK und es bleibt auch bei der GPK, obschon Teres Liechi Gertsch dieser nicht mehr angehört. Ich vertrete dieses als Präsident. Im Sommer 2006 nahm Herr Grütter seine Aufgabe als Leiter der Abteilung Liegenschaften der Stadt auf und trat somit die Nachfolge des in den Ruhestand tretenden Herrn Schwab an. Am 9. August 2007 besuchte eine Delegation der GPK die Liegenschaftsabteilung. Für mich war es die erste Delegation, die ich geleitet habe. Die GPK stellte damals Kapazitätsengpässe und fehlende Organisationsstrukturen fest und schlug daher Optimierungsmassnahmen vor. Aus diesem Besuch entwickelte sich ein regelmässiger, aber eher zähflüssiger Schriftenverkehr mit dem Gemeinderat. In diese Zeit fiel auch ein Handgemenge in der Abteilung. Unterdessen ist der Leiter der Abteilung Liegenschaften krankheitshalber ausgefallen. Die wichtigsten Geschäfte wie AggloLac oder Struktur Biel 2013 und Esplanade wurden im Mandatsverhältnis und mit einem 50%-Pensum an eine qualifizierte Person übertragen. Andere elementare und wichtige Aufgaben wie die Weiterentwicklung der Abteilung, die Optimierung der Liegenschafts-Bewirtschaftung, das Datenmanagement und eine proaktive Geschäftsabwicklung werden laufend zurückgestellt. Dies kann Folgen haben. Die Beurteilung, dass grosse, komplexe Geschäfte wie AggloLac mittels einer 50%-Stelle extern zu betreuen sind, ist richtig. Es ist aber falsch, die anderen, ebenfalls wichtigen und komplexen Geschäfte zu vernachlässigen. Die Abteilung Liegenschaften trug in den letzten zehn Jahren wesentlich zum erfolgreichen Rechnungsabschluss der Stadt bei. Bis zum Wechsel in der Abteilungsleitung war das Team sehr beständig. Die Teamarbeit funktionierte bestens und die Abteilung trug durch gute Arbeit und durch ideale Landverkäufe dazu bei, dass die Rechnungen nicht mit tiefroten Zahlen sondern mit einem Mehrertrag abschlossen. Die Liegenschafts-Bewirtschaftung ist für die Stadt enorm wichtig, das bestätigt auch der Gemeinderat. Umso unverständlicher ist es, dass dieses Geschäft bisher eher lauwarm begleitet wurde. Es ist richtig, dass ein unglücklicher Todesfall, der Wechsel in der Abteilungsleitung, Krankheit und seit kurzem auch die Kündigung des Abteilungsleiters nachhaltige Lösungen erschwerten oder gar verunmöglichten. Dessen ist sich die GPK bewusst. Besondere Situationen erfordern aber bekanntlich auch ein besonderes Engagement und besondere Lösungen. Dieser Ansatz fehlt der GPK. Es fehlt ein Wille zu einer raschen Lösung. Der extern beauftragte Mandatsträger besetzt - wie gesagt - nur eine 50% Stelle. Sein Mandat läuft zudem Ende dieses Monats aus. Leider wurde die Erstreckung des Arbeitsverhältnisses bis letzten Dienstag nicht diskutiert. Auch eine begrenzte Aufstockung der Stelle auf 70 oder 80% wurde nicht diskutiert. Im schlechtesten Fall könnte der Stelleninhaber ein anderes lukratives Angebot annehmen und ab 1. Juli 2010 gar nicht mehr zur Verfügung stehen.

Es ist seltsam und bedauerlich, dass die Wichtigkeit der Abteilung Liegenschaften dem Gemeinderat zwar bewusst ist, aber keine greifbaren und konkreten

Massnahmen eingeleitet wurden. Der GPK ist es wichtig zu betonen, dass es hier nicht um ein Machtspiel geht. Das Thema ist komplex. Die Schwächen der Abteilung Liegenschaften wurden im August 2007 von der GPK aufgeführt und werden vom Gemeinderat auch nicht bestritten. Er führt sie im Bericht an den Stadtrat ja selber an. Noch eine Bemerkung in eigener Sache: dass Frau Stöckli Schwarzen die Motion nicht mitunterschrieben hat, ist ein Missverständnis, das keinesfalls bedeutet, dass sie nicht auch hinter dieser Motion steht.

Ich komme zum Schluss und zum Antrag der GPK: **Die GPK stellt den Antrag, die dringliche Motion nicht abzuschreiben.** Sie wünscht ferner, dass der Gemeinderat dem Stadtrat einen Bericht über den Stand der aufgeführten Geschäfte (datiert mit Ende April 2011) erstellt. Dieser soll Auskunft über den Stand der aufgeführten Pendenzen geben und auch darüber, ob beide Personalvakanzten erledigt werden konnten. Ich danke dem Rat für die Unterstützung.

**Nicati Alain, au nom du Groupe Forum:** Nous avons tellement discuté de cet objet, au sein du Groupe Forum, que nous ne savions plus où nous en étions. Depuis que je suis membre du Conseil de ville, j'entends parler du Département des immeubles. Le Département des immeubles est un service important. Il a une tâche lourde et il gère des biens fonciers pour 330 mio. fr. Le plus important est qu'il se débrouille bien. Cependant, ce département souffre de goulots d'étranglement considérables en matière de capacités. Le Conseil municipal a proposé au Conseil de ville de créer définitivement deux postes de travail dans le cadre de la création de postes 2010. En plus, un nouveau chef du Département des immeubles doit être engagé. Il ne faut pas radier du rôle la motion comme étant réalisée, car elle ne l'est pas!

Sans engager de moyens externes, la Direction des finances doit déterminer quelle organisation et quels moyens de gestion sont la solution optimale pour le futur de ce département. Une étude doit être réalisée afin de déterminer combien de personnes le département à besoin ainsi que leurs cahiers des charges. Ensuite, la question est de savoir comment peut être rendu compatible la situation de cette nouvelle organisation avec la planification financière de l'année prochaine. Dans ce sens, la plus grande partie repose sur les épaules du Directeur des finances, afin que ce département soit soutenu par le Conseil municipal et qu'à l'avenir, il ait des capacités correspondantes à nos attentes. Selon la liste des tâches énumérées dans la réponse du Conseil municipal, il s'agit de définir la priorité des différentes tâches à effectuer. Je le répète, le Département des immeubles fonctionne correctement, mais dans des conditions de travail loin d'être optimales. Le Groupe Forum est d'accord avec les propositions de la motion et remercie la Direction des finances, de prendre très au sérieux l'organisation du Département des immeubles.

**Morier-Genoud Michèle, au nom du Groupe socialiste:** Le Groupe socialiste remercie la Commission de gestion d'avoir déposé cette intervention parlementaire au sujet du Département des immeubles. Nous avons entendu tout à l'heure, d'une façon extensive, la situation de goulots d'étranglement, créée par la succession d'événements (décès tragique et départ annoncé d'un collaborateur clé). Cette situation a sûrement fait déborder le vase, qui était déjà bien rempli. Le Groupe socialiste pense, que la solution trouvée à mi-janvier, c'est à dire les 50% de temps de travail, pour remplacer le responsable durant la maladie du titulaire, a certes permis la gestion des dossiers pendant cette période, mais ne permet pas de prendre

en charge l'avenir de ce département, comme décrit dans le rapport. Nous sommes d'avis, que nous ne pouvons pas, pour l'instant, radier cette motion du rôle. Nous souhaitons pouvoir être, à nouveau, informé sur une évolution et sur les solutions trouvées, afin d'avoir une équipe efficace, à la tête de ce département, qui aura beaucoup à faire, les années prochaines.

**Ogi Pierre, PSR:** Il y a dix ans, le Groupe Forum demandait de privatiser le Département des immeubles, car il ne jouait pas son rôle, il en faisait trop. Dix ans après, on se rend compte, que c'est un service extraordinaire. Cependant, nous n'en avons jamais douté. Maintenant, ce département va se développer. Le personnel sera augmenté. Je trouve cela très bien. J'ai toujours lutté, afin que du personnel soit engagé et qu'il soit bien rémunéré pour vivre dignement. Qui disait tout à l'heure, qu'il ne faut pas investir de l'argent dans une crèche, car la Ville n'a plus d'argent? Là, le Maire a indiqué des priorités très claires, au niveau du personnel. Chaque personne engagée augmentera la masse salariale et une économie sur d'autres employé(e)s devra se faire. On devra "plumer" le personnel de la Ville de Bienne, afin de pouvoir s'en tirer! Les directives d'économies sont très claires: 0,5 mio. fr. l'année prochaine et 1 mio. fr. par année, pour les prochaines années. Cela veut dire, que cet argent sera déduit au personnel, si une personne est engagée au Département des immeubles, qui coûtera 120'000 fr. par année. On nous a dit, que le personnel coûtait trop cher, donc il faudra "plumer" la Caisse de pension, les jubilés, etc. Cet argent servira-t-il à payer du nouveau personnel ou le personnel engagé va-t-il prêter préjudice aux employé(e)s actuels? Cette question est importante et devrait se poser, lorsqu'une nouvelle place de travail est créée.

**Grünenwald Samuel, UDF:** À la lecture de la réponse du Conseil municipal à la motion de la Commission de gestion, il est mentionné d'adopter la motion urgente et de la radier du rôle comme étant réalisée. J'ai noté, qu'elle n'est pas radiée. Je dois dire, que le Conseil municipal a eu le courage, de faire part de beaucoup de lacunes existantes dans ce département. Il est vrai, que ce département a besoin d'une sérieuse réorganisation. De ce fait, selon la réponse à la motion et par la création de nouveaux postes de travail, il est possible de donner suite à la proposition du Conseil municipal. Étant donné tous les points litigieux existants, que ce soit dans l'organisation ou dans la rentabilité, nous sommes tous partis du principe, de ne pas radier la motion du rôle et de suivre ce dossier, afin qu'il ait une évolution favorable. Il est également mentionné, dans les points au bas de la première page de la réponse du Conseil municipal: amélioration de la qualité, hausse du rendement et hausse des revenus. Cependant, je suis certain, que l'on peut faire encore mieux, si c'est bien conduit! Merci.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne Biel:** Ich möchte mich dem Gros meiner VorrednerInnen anschliessen. Die Fraktion Grüne beobachtet die Situation bei der Abteilung Liegenschaften mit Sorge. Auch über die Medien wird Verschiedenes verbreitet. Offenbar herrschen wirklich prekäre Verhältnisse. Trotzdem hat die Fraktion Grüne den Eindruck, dass die Abteilung funktioniert. Die Resultate sind mehrheitlich gut, wie bereits Herr Nicati erwähnte. Gleichwohl unterstützt die Fraktion Grüne das Anliegen der GPK voll und ganz. Auf der in der Antwort aufgeführten und sehr umfassenden Liste sind die anstehenden Aufgaben ersichtlich. Für deren Erfüllung ist weiteres Personal notwendig.

Es ist aber relativ wenig bekannt, mit welchen Zielsetzungen die Liegenschaftsabteilung arbeitet. Immer wieder kann der Stadtrat von Landverkäufen oder -täuschen Kenntnis nehmen, welche sich auch auf die Rechnung positiv niederschlagen. Er weiss aber zum Beispiel nicht, welche Rendite generell angestrebt wird. Zwar wird von einer Effizienzsteigerung gesprochen, es weiss aber niemand, welche Rendite im Liegenschaftsbereich überhaupt machbar wäre und ob sich die Stadt damit zufrieden gibt. Dies wären Zielsetzungen im finanziellen Bereich. Natürlich könnte auch die ökologische Seite angeschaut werden. Was wird mit den städtischen Gebäuden angestrebt? Soll generell Minergie erreicht werden? Wie sollen die Heizungen saniert werden? Auch dies sind strategische Fragestellungen. Neben den finanziellen und ökologischen Vorstellungen gibt es auch einen sozialen Auftrag. Sollen günstige Wohnungen angeboten und daraus resultierende Renditeeinbussen in Kauf genommen werden? Solche Fragen sind zentral und müssen auch politisch geklärt werden. Offensichtlich hat niemand - neben dem Tagesgeschäft - die Zeit, solchen Fragen nachzugehen. Deshalb votiert auch die Fraktion Grüne vehement dafür, dass die Abteilung Liegenschaften die nötigen Ressourcen erhält.

**Stöckli Hans, Finanzdirektor:** Ich danke dem Stadtrat, dass die Arbeit der Abteilung Liegenschaften unisono gelobt wird. Trotz Schwierigkeiten beim Personal hatte dies für die Stadt bisher keine gravierenden Folgen. Das ist nicht selbstverständlich, sondern nur dem Einsatz des Personals und der Direktion zu verdanken. Insbesondere ist es auch der Verdienst von Herrn Hostettler, der sich in dieser Angelegenheit stark einsetzt. Seit Abfassung des Berichts wurden folgende wichtigen Entscheide getroffen: Einerseits wurde eine zusätzliche Person angestellt. Andererseits kommt die Person, welche die Stadt bereits verlassen hat, zurück und wird ihre Arbeit nach den Sommerferien wieder aufnehmen. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Erkrankung des jetzigen Abteilungsleiters wurden zusätzliche Entlastungen beschlossen. Das öffentlich-rechtliche Personalrecht macht es Arbeitgebenden nicht einfach, für Kranke Nachfolgeregelungen zu treffen. Die Stadt konnte aber rechtzeitig eine Lösung präsentieren, welche rechtlich korrekt ist. So kann nun bereits eine neue Leitung für die Abteilung Liegenschaften evaluiert werden. Das ist entscheidend. Es macht keinen Sinn, Strukturbereinigungen mit externen Kräften zu regeln. Vielmehr wird es Aufgabe der neuen Leitung sein, die wichtigen Arbeiten anzugehen und entsprechende Entscheide vorzubereiten. Es wäre unklug, im jetzigen Zeitpunkt mit externen Kräften zu arbeiten. Ziel ist es vielmehr, die Abteilungsleitung möglichst rasch wieder zu besetzen. Das bedeutet, dass während einer bestimmten Zeit zwei Löhne bezahlt werden müssen. Infolge der Erkrankung der einen Person ist dies nicht anders lösbar. Immerhin hätte die Abteilung Liegenschaften dann zwei Stellen mehr als vor vier oder fünf Jahren. Damit wurden in dieser Abteilung überproportional mehr Stellen geschaffen als in allen anderen Bereichen der Stadt. Dies kann dadurch gerechtfertigt werden, dass mehr Personal auch mehr Ertrag erwirtschaftet. Seit dem Weggang von Herrn Schwab kam es zu vielen Mutationen und es entstand ein grosser Know-how-Verlust. Dies wird aber nicht zur Regel. Ich gehe davon aus, dass die neuen Mitarbeitenden, sobald sie eingearbeitet sind, die gleiche Leistung erbringen werden wie das alte Team vor 2006. Es wäre daher sicher ungeschickt, jetzt unnötig viel Personal definitiv anzustellen. Sobald eine neue Leitung gewählt ist und sich die Lage beruhigt hat, sollte das vorhandene Personal reichen. Es ist richtig, dass auch die Politik solche Fragen klärt. Vor ein paar Jahren hatte die Abteilung Liegenschaften über den Imoka-

Fonds mehrere hundert private Mandate inne. Auch für Private war die Abteilung Liegenschaften tätig. Dies ist heute nicht mehr der Fall. Die Abteilung erfuhr dadurch eine gewaltige Entlastung bei der Liegenschaftsverwaltung. Heute verwaltet sie nur noch die Liegenschaften der Pensionskasse und der Stadt. Deshalb erübrigt sich auch die Frage der Rendite.

Bei den Liegenschaften der Pensionskasse definiert die Verwaltungskommission der Pensionskasse die Ertragsziele. Die Politik der Abteilung Liegenschaften ist neu auch in den Schwerpunkten definiert. Diese stehen dem Stadtrat zur Einsichtnahme offen. Die Leistungen der Abteilung sind trotz der personellen Engpässe sehr gut. Die wenigen Ausnahmen können hier noch diskutiert werden. Ich habe nicht ganz verstanden, was der Sprecher der GPK wünschte. Er sprach von einem Bericht. In der Motion wird aber kein Bericht verlangt, sondern es wird gefordert, dass die Stadt umgehend zusätzliche personelle Massnahmen trifft. Dies wurde getan. Zusätzliche Stellen werden nun keine geschaffen. Zwei neue Stellen wurden bereits geschaffen und die Abteilungsleitung neu besetzt. Sobald das Echo auf die diesbezügliche Ausschreibung ersichtlich ist, wird sich herausstellen, wie lange die Stadt noch mit externer Unterstützung arbeitet. Es ist durchaus möglich, dass Herr Schärrier bei einzelnen Projekten weiterhin hilft. Dies hängt davon ab, in welchem Zeitraum die Leitung neu besetzt werden kann. Ich sehe nicht, was die Motion sonst noch vom Gemeinderat verlangt. Es wurde kein Bericht, sondern Massnahmen verlangt. Diese wurden bereits ergriffen, bevor die GPK ihren Vorstoss einreichte. Wenn die Motion nicht als erfüllt abgeschrieben wird, muss noch geklärt werden, was vom Gemeinderat zusätzlich erwartet wird.

**Rüfenacht Martin, GPK:** Es ist mir bewusst, dass der Gemeinderat seine Aufgabe im Sinn der Motion erledigt hat. Für die GPK sind aber noch so viele erwähnte Punkte offen, so dass sie die Motion nicht abschreiben möchte. Andere Geschäfte wurden nicht abgeschrieben, nur weil ein Fussgängerstreifen noch nicht gestrichen war. Hier geht es um Bedeutenderes. Deshalb möchte die GPK den Vorstoss nicht abschreiben.

**Stöckli Schwarzen Heidi, SP:** Als GPK Mitglied und als Stadträtin anerkenne ich den Willen des Gemeinderats, die Situation zu verbessern. Als ich die Antwort las, hatte ich den Eindruck, sie gehe am Anliegen der GPK vorbei. Die GPK forderte Massnahmen für eine besondere Situation. Die Antwort des Gemeinderats beinhaltet mittelfristige Massnahmen. Die zwei zusätzlichen Stellen sind zwar gut und notwendig, aber die eine Stelle gibt es bereits seit 2008 und die zweite, welche versprochen wird, wird erst ab 1. Oktober 2010 besetzt. Das heisst, jetzt gibt es eine Vakanz für die zweite Stelle und eine Vakanz in der Abteilungsleitung. Nur eine zusätzliche Stelle wurde bereits besetzt. Wie ich in der GPK und auch in der Fraktion SP herausspürte, betrachten sie mit grosser Sorge den aktuellen Zustand der Liegenschaftsabteilung so lange die neue Leitung und Verstärkung noch nicht angestellt sind. Da die Liegenschaftsabteilung so bedeutend ist, haben alle den Eindruck, es müsste jetzt etwas geschehen. Die GPK hat sich auch überlegt, ob der mandatierte Georg Schärrier mit zusätzlichen 20% nicht auch für allgemeine Geschäfte beauftragt werden könnte. Ich denke es wäre wichtig, den stellvertretenden Leiter bei ganz generellen Fragen zu unterstützen. Es ist klar, dass für ein halbes Jahr nicht jemand Externes eingesetzt werden kann, um die Reorganisation an die Hand zu nehmen. Aber warum nicht die Gelegenheit ergreifen



und den Mitarbeitenden auf Mandatsbasis, der die Situation jetzt schon gut kennt, mit nochmals 20% für allgemeine Geschäfte zu betrauen? Darauf hätte ich gerne eine Antwort.

**Stöckli Hans, Finanzdirektor:** Ich kann mich nur nochmals wiederholen. Wie gesagt, bin ich froh, dass es wegen des Abgangs des Abteilungsleiters zu keinen Pannen kam. Das ist nicht selbstverständlich. Als dieser Abgang bekannt wurde, handelte der Gemeinderat sofort, und zwar Monate bevor die GPK diesen Vorstoss einreichte! Die Stellenschaffungen werden dem Stadtrat im Rahmen des Budgets 2011 unterbreitet. Dann hat der Gemeinderat hoffentlich auch Klarheit darüber, wann die neue Abteilungsleitung anfängt. Das kann nach den Sommerferien, aber auch erst Ende Jahr sein. Sobald Klarheit herrscht, kann auch entschieden werden, in welchem Ausmass noch auf die externe Hilfe zurückgegriffen werden kann. Ich möchte aber nicht unnötig Personal einstellen. Ziel ist es, wieder eine passende Leitung für diese Abteilung zu finden.

Deshalb nochmals meine Frage an die GPK, was der Gemeinderat denn noch machen soll, wenn die Motion jetzt nicht abgeschrieben wird. Natürlich könnte ich damit leben. Der Gemeinderat wird aber keine zusätzlichen Stellen besetzen können, wenn die Motion nicht abgeschrieben wird. Auf dem Arbeitsmarkt kann man nicht einfach pfeifen und dann ist jemand da. Es gibt immer Vakanzen, die überbrückt werden müssen, beispielsweise in Krankheitsfällen oder bei Schwangerschaften. Die Stadtverwaltung muss flexibel genug sein, solche Ausfälle ohne grosse Mehrausgaben zu überbrücken. Es gab bei der Abteilung Liegenschaften Schwierigkeiten, welche dem Stadtrat auch noch präsentiert werden. Diese haben aber mit der momentanen Situation nichts zu tun. Sie entstanden vorher. Die Finanzdirektion ist von diesen Ausfällen wohl am meisten betroffen und muss am meisten arbeiten, um diese Lücke zu füllen. Deshalb nimmt sie die Hilfe der GPK gerne an. Sie möchte aber nicht zu etwas gezwungen werden, das sie nicht als nötig erachtet. Einen Bericht, wie ihn der GPK-Sprecher verlangte, wird es nicht geben. Die Motion verlangt auch keinen solchen. Ich kann aber den Vorschlag machen, die Motion jetzt nicht abzuschreiben. Damit kann zugewartet werden, bis mit dem Budget 2011 die definitiven Stellenschaffungen bekannt gegeben werden. Die Motion könnte auch erst dann abgeschrieben werden. Ich hoffe, die GPK ist mit diesem Kompromiss einverstanden.

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Ich habe nicht gehört, dass jemand gegen die Erheblicherklärung wäre. Der Antrag der GPK ist, die Motion erheblich zu erklären aber nicht abzuschreiben. Ich möchte über diesen Antrag abstimmen lassen.

### **Abstimmung**

über den Antrag der GPK, die Motion 20100075 erheblich zu erklären, aber nicht abzuschreiben

**Der Antrag der GPK wird gutgeheissen.**

**116. Dringliche Motion 20100076, Charlotte Garbani, Fraktion SP, "Gefährdung Naturreservat Felseck-Pavillon?"**

(Text der dringlichen Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Gemeinderat beantragt, die dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln, erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Garbani Charlotte, au nom du Groupe socialiste:** Je me réjouis, que la Direction de la sécurité, respectivement ESB, ait eu le temps, entre le dépôt de ma motion et la réponse du Conseil municipal, de corriger son projet de construction dans la zone du Pavillon Felseck. Concernant le point 1, j'ai quelques remarques à adresser au Conseil municipal. Au lieu de reconnaître, qu'il y a eu des erreurs, d'en assumer la responsabilité et d'admettre que le Conseil municipal a dû améliorer le projet, afin de corriger ces erreurs, il tente de noyer le poisson dans des demi vérités. Personnellement, je trouve cela assez désagréable. Le Conseil municipal explique, par exemple, au bas de la première page de la réponse, que ce projet a été discuté, je cite: *"...avec les milieux concernés avant que la demande de permis de construire ne soit déposée, de façon à ce que les rapports officiels élaborés dans le cadre de la procédure d'octroi de permis de construire ne soient pas négatifs"*. Dans son rapport du 22 janvier 2010, l'Inspection de la protection de la nature (IPN) du Canton de Berne précise: *"Am 20. August 2008 fand eine Begehung mit Herrn Urs Känzig statt."* Monsieur Känzig est chef au Service de la Promotion de la Nature (SPN) du Canton de Berne. Par chance, il est biennois et connaît bien les lieux. Il a indiqué clairement, lors de sa visite, où passait la limite de la zone protégée: *"Dabei wurde festgehalten, dass die Leitungen ausserhalb des Perimeters des Naturschutzgebiets zu erstellen sind."* Dans son rapport, l'IPN dit ceci: *"Das Bauvorhaben entspricht nicht den getroffenen Abmachungen. Die Grundlagen sind nicht ausreichend für eine Beurteilung und das Baugesuch ist unvollständig."* Donc, les rapports officiels étaient tout de même négatifs. Le rapport de l'IPN conclut: *"Das Vorhaben ist nicht zu bewilligen."* De plus, le projet technique ne répondait pas non plus aux exigences légales concernant les mesures de compensation des dégâts. Le Conseil municipal a oublié de demander une dérogation et le projet a failli, en janvier-février, être simplement rejeté. En page deux de la réponse, il est dit: *"L'on a ainsi pu trouver une solution à l'amiable, prendre en compte toutes les exigences et les intégrer dans le projet"*. Malheureusement, ce n'est pas tout à fait ainsi que ça s'est passé. Le Conseil municipal a quand même dû modifier, compléter et renvoyer le projet aux instances cantonales. Tout n'est pas forcément si rose, que ce que vous nous laissez croire! On essaie toujours de nous faire croire, que tout est en ordre et qu'il n'y a pas de problèmes! Or, depuis le dépôt de ma motion, le Conseil municipal a dû, à nouveau, rencontrer le Canton de Berne et modifier le projet.

Au point 2 de la réponse, il est noté: *"Il existe déjà des dispositions légales adéquates...."*. Plusieurs dispositions légales ont mal été respectées. Ni la direction de Madame Schwickert, ni le Conseil municipal ne s'en sont rendus compte. C'est bien pour cette raison, que je proposais d'améliorer les procédures de contrôle interne. Comme je pensais, que le Conseil municipal pouvait agir au niveau d'un règlement, ce qui serait en l'occurrence la compétence du Conseil de ville, j'en ai fait une motion. Je suis d'accord de transformer ma motion en postulat, d'autant plus que les erreurs ont finalement été corrigées, ce qui était le but de la motion. Puisque le

Conseil municipal estime, qu'il ne faut rien changer et que tout va bien ainsi, nous en avons la preuve, j'accepte également, de le radier du rôle comme étant réalisé.

J'ai quand même une question: le projet remanié a-t-il été, cette fois, jugé suffisant pour les instances cantonales et le permis de construire a-t-il pu être délivré à l'heure actuelle? Dans la réponse, il est dit que ce serait le cas à fin avril 2010. La Ville pense à la place du Canton! Cependant, ce n'était pas le cas à fin avril 2010. J'aimerais savoir, ce qu'il en est à l'heure actuelle. Merci.

**Schwicker Barbara, Sicherheitsdirektorin:** Besten Dank für diese Ausführungen. Frau Garbani hat sich sehr gut über dieses Projekt informiert. Ich war froh, dass eine gemeinsame Begehung vor Ort stattfinden konnte. Für die Organisation möchte ich dem ESB danken. Es waren auch Fachleute anwesend, welche Fragen direkt beantworten konnten. Ich bin froh, dass die Motionärin mit dem Antrag des Gemeinderats einverstanden ist. Dies ist ein sehr spezielles Projekt, welches seine Zeit und die Verbesserungen auch brauchte. Bis zu einer gegenseitigen Einigung waren mehrere Schritte nötig. Nun können die nächsten Schritte unternommen werden. Dabei handelt es sich um einen normalen Prozess. Es gibt keine Baubewilligung, solange man sich nicht einig wird. Solange die kantonalen Stellen ihr Einverständnis nicht gegeben haben, kann niemand mit Bauen beginnen. Bis dahin kann auch der Gemeinderat nicht über das Projekt entscheiden. Dass der Gemeinderat nicht vorher informiert war, ist logisch. Er kommt erst dann ins Spiel, wenn er einen Kredit sprechen muss. Dies wird erst dann der Fall sein, wenn das Projekt spruchreif und alle Fragen geklärt sind. Frau Garbani stellte noch die Frage nach dem aktuellen Stand. Es liegt noch keine Baubewilligung vor. Alle dafür notwendigen Grundlagen sind aber bekannt. Soeben hat der Gemeinderat den letzten Bericht, den Amtsbericht Naturschutz erhalten. Er wurde am 28. Mai 2010 verfasst und sagt, *"dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Ausnahmegewilligungen gegeben sind. Die erforderlichen Ausnahmegewilligungen können erteilt werden."* Dies ist der letzte Bericht, den der Regierungsstatthalter nun erhalten hat und er wird ihn prüfen. Ich weiss nicht, wie lange das dauern wird. Im Prinzip kann aber davon ausgegangen werden, dass nun eine für alle Parteien gangbare Lösung gefunden werden konnte. Besten Dank für die Anfrage. Ich bin immer froh, wenn solche Fragen rasch geklärt werden können. Dies kann mittels Vorstoss passieren, noch schneller ginge es aber mittels eines Telefons mit der zuständigen Abteilung...

## **Abstimmung**

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

### **117. Interpellation 2010040, Béatrice Sermet-Nicolet, PSR, "Schwerpunkte der gemeinderätlichen Politik 2009-2012 und Wirtschaftskrise"**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 8)

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

**Sermet-Nicolet Béatrice, PSR:** Je suis très heureuse de pouvoir lire, que le Conseil municipal a la volonté d'améliorer les outils à sa disposition, afin de surmonter la crise, voir d'en mettre de nouveaux à disposition. Je suis aussi contente, qu'il se met dans l'idée, de poursuivre un développement urbain cohérent et durable, même pour les années difficiles. Nous l'avons entendu hier, les années difficiles sont là et c'est ce qui m'inquiète beaucoup. Ces derniers jours, le Conseil de ville a reçu le rapport de gestion de Casanostra, qui mentionne très clairement ses besoins d'un immeuble, voir de locaux supplémentaires, pour pouvoir accueillir les personnes souhaitant des logements, par le biais de cette institution.

La raison pour laquelle je prends la parole ce soir est, que je ne suis pas satisfaite de la réponse du Conseil municipal, car elle ne mentionne rien de précis à ce sujet. Nous n'avons aucune précision, quant aux instruments, que le Conseil municipal souhaite mettre à sa disposition. Une motion a été déposée, en juin 2009, par Madame Morier-Genoud, qui demandait une stratégie de logement à but social en ville de Bienne. Le Conseil de ville a transformé cette motion en postulat et actuellement, une étude est en cours, pour évaluer les besoins de logements à but social. Les questions que j'aimerais poser ce soir au Conseil municipal sont:

- Où en est cette étude?
- Va-t-elle durer encore longtemps?
- Les mesures prévues dans la planification financière mettront-elles en péril les promesses faites aux institutions, notamment à Casanostra, pour un soutien dans sa recherche d'immeuble?

Le moment est venu de poser ces questions et d'annoncer la couleur, quant à cette planification financière. Je vous remercie de votre attention et je remercie d'avance le Conseil municipal de ses réponses.

**Stöckli Hans, Stadtpräsident:** Ich schaute diesen Vorstoss wesentlich umfassender an als nur in Bezug auf die Frage betreffend den Verhandlungen über die Bedürfnisse der Casanostra. Natürlich sind die Auswirkungen der Krise auf die Stadt viel umfassender und einschneidender. Der Gemeinderat berichtete gestern intensiv und ausführlich über die Konsequenzen der Wirtschaftskrise. Entsprechend wurden die nötigen Vorkehrungen getroffen, um die Krise mit Hilfe der Finanzstrategie ohne grosse Schrammen überstehen zu können. Aus den Unterlagen wird klar, welche Ziele der Gemeinderat verfolgt. Grundsätzlich möchte er seine Schwerpunkte trotz der Krise umsetzen und die Wachstumsstadt im Auge behalten. Er möchte am Grundsatz der Steigerung der Lebensqualität für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung festhalten. Dementsprechend möchte er auch die Attraktivität der Stadt als Wohn- und Arbeitsstandort aufrecht erhalten. Das bedeutet, dass sich der Gemeinderat nicht nur auf den Teil der Bevölkerung konzentrieren kann, der echte Schwierigkeiten hat. Die Schwerpunkte werden so gesetzt werden, dass auch weiterhin Steuerpflichtige nach Biel geholt werden können, die über CHF 60'000.- Steuern zahlen. Die Attraktivität der Stadt muss auch in diesem Sektor erhöht werden. Was die konkreten Fragen von Frau Sermet angeht, wird der zuständige Direktor Antwort geben. Ich kann nur sagen, dass Herr Schärer bereits jetzt einen grossen Auftrag der Stadt erhalten hat, um die ganze Problematik der Baurechte aufzuarbeiten. Dieser Auftrag geht selbstverständlich über sein Mandat hinaus. Seine Firma erhielt den Auftrag, die Basisdaten zu erheben, mit welchen die Verhandlungen über die anstehenden Erneuerungen der Baurechtsverträge geführt werden können. Dies ist ein erster Ansatz zur Beantwortung Ihrer Frage, wie die sozialen,

ökologischen und wirtschaftlich nachhaltigen Aspekte in die städtische Liegenschaftspolitik einfließen könnten. Die konkrete Frage zur Studie wird Herr Moeschler beantworten.

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** Au début de la législature et même avant, le Conseil municipal a identifié le besoin en matière de concept, c'est-à-dire de ligne directrice concernant le logement social. Vous avez parlé de Casanostra, mais d'autres institutions connaissent des difficultés, en particulier l'Armée du salut, qui doit trouver une solution de rechange. Différents problèmes se posent. Les buts du Conseil municipal sont des buts de législature. Par conséquent, des priorités ont été établies.

Récemment, le Conseil municipal a pris une décision, concernant le concept de mise en œuvre de la politique de la drogue. Cet après-midi des entretiens ont eu lieu à ce sujet, afin que d'entrer en matière. Le projet d'évaluation des besoins en matière de logements sociaux est en préparation. Le texte existe et il n'y a pas encore de décision du Conseil municipal à ce sujet. Entre temps, Casanostra a reçu une augmentation de sa subvention de 140'000 fr. à 200'000 fr., afin de mieux faire face à ses besoins. Cette augmentation de subventions a été accordée par décision cantonale et correspond finalement au chiffre, qui figure dans le budget. Il y a beaucoup à faire, mais les décisions en la matière n'ont pas encore été prises.

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Mit diesem Geschäft möchte ich die heutige Sitzung schliessen. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

**118. Neueingänge**

|                 |  |                   |
|-----------------|--|-------------------|
| <b>20100213</b> | <b>Dringliche Motion GPK</b><br>Bessere Abstimmung der Schnittstellen zwischen den Abteilungen Liegenschaften und Hochbau, bzw. zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen<br>Meilleures harmonisation des recouvrements d'activités entre le Département des immeubles et le Département des constructions et/ou entre patrimoine financier et patrimoine administratif | <b>FIN</b><br>BAU |
| <b>20100214</b> | <b>Überparteiliche Motion Daphné Rüfenacht, Grüne Biel, Peter Isler, SP</b><br>Ausstieg aus dem Atomstrom<br>Abandon du courant d'origine nucléaire  | <b>SID</b><br>FIN |
| <b>20100215</b> | <b>Motion Émilie Moeschler, Groupe socialiste</b><br>La rédaction épïcène? Aussi pour les francophones!<br>Geschlechtsabstraktion? Auch für die Französischsprechenden!  | <b>PRA</b>        |
| <b>20100216</b> | <b>Überparteiliches Postulat Nathan Güntensperger, GLP, Patrick Calegari, SVP, Franziska Molina, EVP, Martin Rüfenacht, FDP</b><br>Pilotprojekt zu KITAs in Biel/Bienne – Vorgehen beim Kanton prüfen<br>Projet pilote concernant les crèches à Bienne – Procédure à vérifier auprès du Canton   | <b>BSK</b><br>FIN |
| <b>20100217</b> | <b>Überparteiliches Postulat Daphné Rüfenacht, Grüne Biel, Peter Isler, SP, Peter Moser, FDP</b><br>Rückstellung für erneuerbare Energien<br>Provision pour énergies renouvelables   | <b>SID</b><br>FIN |

**Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22.35 Uhr / heures**

---

**Der Stadtratspräsident / *Le président du Conseil de ville*:**

Thomas Lachat

**Die Ratssekretärin / *La secrétaire parlementaire*:**

Regula Klemmer

**Protokoll:**

Katrin Meister

Lilian Stähli

**Procès-verbal:**

Carole Aeschlimann

Claire-Lise Kirchhof